

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger: Hermann Feiler.
Fremdele: R. 22.
Postfach R. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts und der Kreisverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassenummer
Dresden 1322.
Grotzofen
Riesa R. 22.

Nr. 139.

Freitag, 17. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorkaufzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debit. Für den Fall des Abbruchs von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungezogene für die Fremden des Auslandes sind bis 6 Uhr mittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Drucksetzmaschine (4 Blätter) 100 Mark Pfennige; für 20 mm breite Maschinen 100 Mark Pfennige; Zeitungs- und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Texte, Druckarbeiten an der Hand, — im Falle höherer Gewalt, — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsbetriebe — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzofen 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Justizfragen im Sächsischen Landtag.

Bekanntlich keine Landtagsauflösung.

M. Dresden, 16. Juni 1927.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident gegen den Ministerpräsidenten Heide und der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags geben der heutigen Landtags-Sitzung ein besonderes Gepräge. Merkwürdigerweise sind die öffentlichen Erörterungen nur schwach besetzt. Beide Anträge werden miteinander verbunden.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident begründet Abg. Heide (Soz.): Seine Freunde fordern, daß die Botschaften, die nicht imstande seien, eine Regierung zu bilden, abtreten sollten. Es sei ein widerlicher Scherz, um die Ministerpräsidenten, die Herren verwechselten ihr Vortragsmotive mit dem Wahl des Landes. Die Regierung müsse der Mehrheit des Landtags, der Sozialdemokratie, überlassen werden. Heide polemisiert sehr scharf gegen Heide als Minister und Person, sowie gegen die Nationalsozialisten und die übrigen Koalitionsparteien. Der reaktionäre Bürgerblock in Sachsen müsse gebrochen werden, er sei noch schlimmer als der in Preußen. Seine Partei sei gerührt und werde den kommunistischen Auflösungsantrag unterstützen.

Abg. Hölcher (Komm.) begründet den kommunistischen Auflösungsantrag. Er meint, angesichts des drohenden Zusammenstoßes zweier Weltmächte sei der Kampf um die sächsischen Ministerämter eine leere Farce. Es handle sich nur darum, welche parlamentarischen Schlüsselpositionen dem Bürgerblock ferngehalten werden können (Heiterkeit). Die Verfassung werde von den Parteien des Kapitales dauernd verlegt. Heide spricht über Streikmaschinen und Silberdinge, Socarno und Genf und behauptet, die Geheimdiplomatie bezette jetzt den Kampf gegen den Sowjetismus vor. Der Kampf gegen den Imperialismus könne nur geführt werden als Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes, die sich in der Bürgerblockregiment vereinigt habe. Seine Partei lehne jede Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen ab und stelle sich auf den Boden des Klassenkampfes. Wenn die Arbeiterparteien in Sachsen sich endlich zum Klassenkampf bekennen wollten, dann könnte die Bürgerblockregierung sich keinen Tag mehr halten. Was in dem proletarischen Proletariat in Sachsen vorgehe, sei nur eine Vorkriegslage, als habe das Volk wirklich das Recht, demokratisch mitzuwirken. Es müsse die proletarische Diktatur auch in Sachsen aufgeführt werden.

Abg. Dr. Oberle (Dn.) erklärt, seine Freunde hätten die beiden Anträge in der gegenwärtigen Situation für Kontraktionsanträge, sie würden sich deshalb nicht an der Diskussion beteiligen und die Anträge ablehnen. Sie beschließen sich ihre endgültige Stellungnahme vor, bis der Ministerpräsident die Ministerliste gebildet habe.

Abg. Tittmann (Nal.-Soz.): Die Nationalsozialisten hätten seit dem Herbst abgelehnt, wieder das Vertrauen ausgesprochen, noch ihm ihr Ministeramt besetzt. In der Zwischenzeit sei aber das Verbot des Wiking-Bundes erfolgt und das Gesamtministerium habe nichts dagegen unternommen. Das veranlasse ihn und seinen Freund, für den Ministerpräsidenten zu stimmen.

Der Ministerpräsident sowohl wie der Auflösungsantrag werden bekanntlich mit 49 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Kommunisten, Linksozialisten und die Nationalsozialisten v. Müde und Tittmann.

Darauf tritt das Haus in die Beratung der Kap. 23 und 22.

Geriichte, Staatsanwaltschaften, Gefangenenanstalten und Ministerium der Justiz.

ein. Dem Bericht erhebt Abg. Mülling (Volksp. P.). Er empfiehlt Genehmigung der Einhebungen und Annahme der Auflösungsanträge.

Mit den Kapitel 23 wird die Beratung mehrerer Anträge verbunden. Abg. Stewer (Komm.) begründet die Anträge seiner Partei. „Das Verbot der komm. Presse in den Gefangenenanstalten“ und „Sei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Aufhebung der Hoch- und Landesverrats-Paragrafen durch das Reichsgericht Einspruch zu erheben und die Ruffierung dieser Urteile zu fordern“, ferner auf Erlass einer Amnestie für politische Verbrecher.

Abg. Hölcher (Komm.) vertritt einen Antrag der Kommunisten auf Abänderung der Verordnung über den Straf Vollzug und stellt eine Reihe diesbezüglicher Forderungen.

Abg. Neu (Soz.) berichtet namens des Rechtsausschusses über einen kommunistischen Antrag auf Gewährung von Urlaub und Beihilfen an Gefangene. Der Ausschuss will den Gefangenen ein Recht auf Urlaub gewähren, wenn sie mindestens 6 Monate ihrer Strafe verpaßt haben und beantragt, Anträge auf Unterbrechung des Straf Vollzugs im Gnadenwege nach Möglichkeit in Berücksichtigung wenn die wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Verhältnisse des Gefangenen selbst oder seiner nächsten Angehörigen die Unterbrechung notwendig erscheinen lassen.

Abg. Heide (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, die sächsische Regierung möge bei den weiteren Beratungen des Strafgesetzentwurfs für Abschaffung der Todesstrafe eintreten.

Abg. Dr. Wagner (Dn.) erklärt als erster Debattenredner, seine Partei sei nicht für völlige Aufhebung der Todesstrafe, wolle sie aber auf die Fälle von überlegtem Mord beschränkt wissen. Die kommunistischen Anträge werde keine Partei ablehnen. Die Angriffe auf die Justiz seien abwegig, denn in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Umstellung befindet sich die Justiz in einer schwierigen Lage; sie solle die geltenden Rechte anwenden, die zum Teil noch die Tage der vollendeten Periode tragen. Die Justiz sei nicht Herrin, sondern Dienerin des Rechts. Redner weist dann auf die Arbeitsüberbürdung des Justizpersonals hin und verlangt Abhilfe. Für die großen Gerichte seien Referentrichter nötig. Die deutsche Justiz hebe vor keiner anderen in der Welt zurück.

Abg. Tittmann (Nal.-Soz.) weist kommunistische Angriffe gegen die Nationalsozialisten zurück und meint, früher habe das Recht mehr dem Empfinden des Volkes entsprochen als jetzt. Er verweise auf die Feigheit-Acta, in der die Meinungsfreiheit nicht geachtet worden sei. Abg. Neu (Soz.) gibt an, daß die Klassenjustiz in den Ländern etwas zurückgegangen sei, dafür sei aber die politische Justiz härter hervorgetreten. Von einer demutigen Rechtsbeugung könne aber auch bei ihr keine Rede sein. Redner führt mehrere Beispiele von seiner Meinung nach politischen Urteilen an.

In dem weiteren Verlauf der Verhandlungen über den Justizetat tritt Abg. Dr. Helfert (DVP.) für die Forderungen der Beamten ein.

Justizminister Wagner

lehnt die Aufhebung des Verbots der kommunistischen Presse in den Gefangenen ab, ebenso den Erlass einer neuen Amnestie, denn erfahrungsgemäß häuften sich nach einer solchen jedesmal die Verleumdungsprozesse. Eine Abänderung der Verordnung über den Straf Vollzug im Sinne des kommunistischen Antrags empfiele sich nicht. Das Problem der Todesstrafe sei im Landtag nicht zu lösen. Früher sei bei Mord die Todesstrafe die absolute Strafe gewesen. Jetzt würden in vielen Fällen mildernde Umstände berücksichtigt. Er persönlich sei für Aufrechterhaltung der Todesstrafe. Auch die Somajepublizität müsse die Todesstrafe nicht aufkommen zu können. Zur Modernisierung des Straf Vollzugs bei den Justizbehörden sei bereits viel getan worden. Die heute vorzutragenden Wünsche könnten nicht alle erfüllt werden. Wenn heute wieder der Vorwurf der Klassenjustiz gegen die Justiz erhoben werden könnte, so liege das daran, daß die Untersuchungen jedes politischen Urteils in Preußen, daß ein Klassenurteil daraus wurde. Wenn im Falle der Verurteilung des Meißner Volksrecht-Redakteurs wegen Verleumdung der Reichswehr der Richter erst die Strafverfolgung abgelehnt, dann aber durchgeführt habe, so sei das kein ungewöhnlicher Vorgang, denn der Richter habe sich eben der Ansicht der höheren Instanz angeschlossen. In seiner (des Ministers) Personalpolitik könne ihm nicht ein einzelner Fall nachgewiesen werden, in welchem er Beamte aus politischen Gründen befördert habe. Wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert hätten, dann werde auch das allgemeine Ministerium gegen die Justiz schwinden. Die Hauptfrage sei, daß der Richter sich von seiner Parteipolitik beeinflussen lasse und daß er demütig sei, sich in die neuen Verhältnisse einzufinden. Wenn man den Wunsch habe, daß der Richter nicht weltfremd werde, dann müsse für bessere Bezahlung gefordert werden.

Ministerialdirektor Dr. Ruffen weist darauf hin, daß auch in anderen Ländern eine Verurteilung von Gefangenen nur auf dem Wege der Gnade möglich sei. Die neue Reichsstraf Vollzugsverordnung lasse auch nicht das Recht auf Beurkundung vor. Die Urlaubsbewilligung müsse individuell gestaltet werden. Von 700 im Vorjahre bewilligten Gefangenen seien 11 nicht wieder zurückgeführt und 10 verpaßt. Das bedeute eine außerordentliche Belastung der Justizbehörden. Bei Gewährung des Rechts auf Urlaub würde es im Justizhaus Waldheim wie in einem Kanarienvogelkäfig aussehen. Die Arbeitszeit in den Gefangenenanstalten sei nicht zu lange. Die kommunistischen Forderungen würden den Gefangenen nicht ausgehändigt, um ihnen keinen Stoff zur Erregung zu geben. An Sexualnot litten in den Anstalten nur die Beamten, die auch in der Freiheit darin litten.

Abg. Stewer (Komm.) tritt nochmals für die kommunistische Forderung ein.

Abg. Claus (Dn.) verlangt Verweisung des Antrags über die Befreiung der Justizbeamten an den Sonderausschuss für Beamtenfragen. Gena unmöglich sei die kommunistische Forderung nach Erbauung einer Zentralgefängenenanstalt.

Abg. Unterlein (Wirtschaftspartei): Wenn es möglich sei, einen ganzen Berufsstand so verunmündigen zu können, wie es heute seitens der Linken geschieht, dann gebe es noch recht viele Freiheiten in diesem angeblichen Klassenstaat.

Darauf folgt die Abstimmung. Präsident Schwarz bittet wiederholt die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, sonst können immer wieder solche Schmeicheleien bei den Abstimmungsergebnissen vor. Cho-Kuse! Die Einklagen bei Kap. 23, Gerichte, Staatsanwaltschaften usw. werden genehmigt. Die Ministerialanträge sowohl wie die Anträge des Ausschusses werden in der Mehrzahl abgelehnt, darunter der Antrag auf Errichtung einer Zentralgefängenenanstalt. Dagegen wird die Forderung auf Errichtung eines nationalsozialistischen

der Strafklassen angenommen, ebenso die Forderung auf Verlegung einer Statistik über die Verurteilung der Schiffe u. s. w.

Bei Kap. 22, Ministerium der Justiz, wird das Gehalt des Justizministers gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten bewilligt, und die Einstellungen werden genehmigt. Der kommunistische Antrag auf Gewährung von Urlaub und Beihilfen an Gefangene wird abgelehnt.

Darauf findet der Ausschussantrag Annahme, die Regierung zu ersuchen, Antrag auf Unterbrechung des Straf Vollzugs im Gnadenwege nach Möglichkeit zu berücksichtigen, wenn die wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Verhältnisse des Gefangenen selbst oder seiner Angehörigen die Unterbrechung notwendig erscheinen lassen.

Die Anträge auf Verbot der kommunistischen Presse in den Gefangenenanstalten, auf Erlass einer Amnestie, auf Abänderung des Hochverrats- und Landesverratsparagrafen und auf Aufhebung der Todesstrafe werden an den Rechtsausschuss.

Der noch übrig gebliebene Punkt der Tagesordnung wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung 9 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 21. Juni, nachm. 1 Uhr.

Aus den Landtagsausschüssen.

M. Dresden, 16. Juni. In der Sitzung des Beamten- und Bezahlungsausschusses wurde heute vormittag über die verschiedenen Einlagen wegen Gleichsetzung der Art und Anzahl der Beamten verhandelt. Die Denkschrift der Regierung, aus der man die finanziellen Auswirkungen der vom Landesverband Sachsen des Deutschen Beamtenbundes und vom Landesverband der höheren Beamten Sachsen einreichen Forderungen ersehen könne, war erst am Abend vorher in die Hände der Ausschussmitglieder gelangt. Ein Antrag der Rechtsparteien, den Punkt zurückzustellen, bis man sich in den Fraktionen und auch im interfraktionellen Ausschuss über die Möglichkeit der Abstimmung klar geworden sei, wurde von Seiten der Linken mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Ein Antrag Claus (Dn.) fand Annahme: Den beteiligten Ministerialbeamten die Zuschläge nach der Verordnung vom 15. Oktober 1926 in Höhe des vollen Unterschiedsbetrags zu zahlen und diesen Unterschiedsbetrag auch den Volkshochschullehrern zu gewähren. Der Antrag fand Annahme gegen drei Stimmen bei einzeln stimmhaltungen, trotzdem die Regierung erklärt hatte, daß sie die finanziellen Folgen nicht tragen könne und daß sie auch an reichsrechtliche Bestimmungen gebunden sei. Im übrigen wurden noch eine Anzahl von Einzelanträgen erledigt.

Polizeifragen.

(Dresden. Der Gesamtausschuss des Sächsischen Landtages verhandelte gestern erneut über Kapitel 23 des Staatshaushalts (Staatspolizei). Die vom Abgeordneten Liebmann vorgebrachten Beschuldigungen gegen den Präsidenten Dr. v. Gußberg und einige Anzahl Offiziere der Staatspolizei wurden von der Regierung als unbegründet und übertrieben zurückgewiesen. Sodann wurden mehrere Wünsche, insbesondere über Verbesserung der Beförderungs- und Beförderungsverhältnisse von dem Abgeordneten Siegert, Claus und Müller (HSV) vorgebracht. Ebenso die Forderung des Abgeordneten Voigt, die Polizeistunde unverändert zu belassen.

Minister Dr. Heide erklärte eine völlige Umgestaltung der Polizei und daß ein Polizeibeamtengesetz in nächster Zeit dem Landtage zugehen werde. Ferner werde die Staatspolizeierhaltung ausgebaut und der Befehl der Polizeibeamten die gefährliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Befehlsverordnung der Polizei sei fertig und werde noch vor den Ferien vorgelegt werden. Die Dienstkleidung werde neu geregelt und die Erhöhung der Unterstützungssumme von 50 auf 100 000.— M. sei erforderlich.

Einnahmen des Reichs an Steuern.

(Berlin. Nach der vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Uebersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1927 sind im Mai aufgefunden an Besitz- und Verkehrssteuern 384 280 990 RM., an Zöllen und Verbrauchsabgaben 238 583 161 RM., insgesamt im Mai 622 864 151 RM. In der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1927 sind aufgefunden an Besitz- und Verkehrssteuern 923 537 169 RM., an Zöllen und Verbrauchsabgaben 448 364 949 RM., insgesamt in diesen zwei Monaten 1 371 902 118 RM. Die entsprechenden im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 veranschlagten Differenz betragen an Besitz- und Verkehrssteuern 5 305 000 000 RM., an Zöllen und Verbrauchsabgaben 2 445 000 000 RM., insgesamt 7 750 000 000 RM.

Derlliches und Sächsisches.

Miea, den 17. Juni 1927.

Wettervorhersage für den 18. Juni. Mittelstetig von der Süd-, Landwetterwarte zu Dresden. Anfangs noch heiter, im Laufe des morgens Tages nordbergehend verdeckte Bewölkung, vorwiegend auf Westlichen beschränkt. Aufkommende Gemitterneigung. Mäßige Winde aus Südost bis Südwest.

Daten für den 18. Juni 1927. Sonnenaufgang 3.42 Uhr. Sonnenuntergang 20.19 Uhr. Mondaufgang 23.08 Uhr. Monduntergang 6.28 Uhr. 1757; Sieg der Osterreicher über Friedrich den Großen bei Rolin; 1815; Sieg Blüchers und Wellingtons über Napoleons bei Belle-Alliance; 1845; der Entdecker der Malariaerregers Charles Lippson in Venedig geb. (geb. 1822); 1868; der Maler Wilhelm Campendonk in Düsseldorf geb. (geb. 1818); 1888; der Politiker Franz Dunder, Mitbegründer der deutschen Gewerkschaften, in Berlin geb. (geb. 1822); 1895; Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals; 1905; der Dichter Hermann Lingg in München geb. (geb. 1820); 1916; Der Rittergutsbesitzer Max Immelmant geb. (geb. 1880); 1925; Der amerikanische Politiker Robert Maria La Follette in Newport geb. (geb. 1855).

Wohlfahrts-Briefmarken. Die vor einiger Zeit fertiggestellte Abrechnung ergibt, daß durch das häßliche Wochenschrift- und Jugendamt Miea 4500 Pfennigpostmarken, 4490 Schenkpostmarken, 187 Pfennigpostmarken und 181 Pfennigpostmarken verkauft worden sind. Das ergibt einen Gesamtumsatz von 1600,50 RM. Von diesem Betrage entfallen 846,26 RM auf den Hauptwert der Marken, 898,10 RM fließen der Deutschen Postkarte zu und 602,88 RM. konnten dem hiesigen Postamt zugeführt werden. Allen denen, die zur Erzielung dieses Ergebnisses durch Kauf von Wohlfahrts-Briefmarken oder durch Mitgliedschaft bei deren Vertrieb geholfen haben, sei auch an dieser Stelle bestens gedankt.

Gasochloride des Städtischen Gaswerks Miea. Am Mittwoch und Donnerstag veranstaltete das Gaswerk Miea mit Unterstützung der Volkshilfe K.-O. Hannover im Saale des Hotel Hopsner Gasochloride mit praktischen Koch-, Brot- und Backvorführungen. In den Vorführungen hatten sich die Hausfrauen in erfreulich großer Zahl und vereinzelt auch die würdigen Hauswirtschaftslehrenden eingestellt. In vorbildlicher Weise verhielt sich die Vortragende, Frau Zuschnat, das Interesse der Publikum zu fördern und durch Hinweis auf die besondere Güte der Gasochloride mit dem neuen Kochbrenner, der feineren weiteren Einzelausführung mehr bedarf, ein Bild des modernen Hausbaus nach Maßgabe von Zeitersparnis, Sauberkeit, Verbilligung und Verbesserung der Speisenausbeuten zu entwickeln. Bei richtiger Verwendung läßt sich mit Gas sparsamer und bequemer kochen als mit dem Kohlenherd. Man spart, weil man die Gasflamme nur brennen läßt, wenn sie tatsächlich benötigt wird, während der Kohlenherd ununterbrochen im Gange gehalten werden muß. Die Staubpläne und lästige Dämpfe in der Küche ist beseitigt. Nicht nur aus rein praktischen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist eine Vermehrung der Gasochloride notwendig. Was in veredelte Rohstoffe. Im volkswirtschaftlichen Interesse liegt es, die kostbaren Rohstoffe, die durch die Verwendung der Rohstoffe gewonnen werden und die sonst unbenutzt in die Klöße oder in den Schornstein gehen, zu gewinnen. Um das Gas recht auszunutzen, ist es aber erforderlich, den Brenner peinlich sauber zu halten, denn der Brenner ist die Seele des Gasochlors. Schmutz und verbrauchte Brenner verursachen großen Schaden, weil sie zu viel Gas benötigen. Zu empfehlen sind besonders die Doppelpartbrenner, bei denen es eine besondere Einrichtung ermöglicht, nicht dauernd den ganzen Hahnenkranz zu brennen. Während die Vorführungen alles das erklärt, bediente sie zugleich Bad- und Brautischen und Gasochlor. Man sieht, wenn man den Gasochlor richtig einstellt, daß, selbst allein, Natürlich ist vorchristliche Bedeutung die Hauptfrage. Das Turmochlor kann nur bestens empfohlen werden. Das Frau Zuschnat alles vorzuleben gelungen war, bewies die Kostproben, die sehr beliebt waren. Zu bemerken ist ferner noch, daß das Kochen des Kuhens in der Sauberglocke mit Gas nur ca. 8 Pf. gekostet hat. Auch den verschiedensten Gasochlor, die ganz besonderes Interesse erwecken, gab es auch sonst viel zu sehen, wie Deckelautomaten und Badeseifen, sowie verschiedene Arten von Gasochlor, Gasochlor, Gasochlor, Gasochlor, Gasochlor usw. Es wird wohl keine Hausfrau bagewesen sein, die nicht mit Vereinerung die Vorzüge des Gasochlors gesehen hat und den Wunsch hegt, daß ihr Mann die liebevolle Einsicht besitzen wird, auch Zeitersparnis und Verbilligung des Hausbaues einen neuen Gasochlor anzuschaffen und die Gelegenheit der Matragenabnahme bis zu 12 Monaten durch das Gaswerk Miea auszunutzen.

Jugendberg-Lotterie. Der 8. Juli 1927 ist unabänderlicher Ziehungstag der 2. Sachsenlotterie. Die Lose waren in der Lotteriestadt Miea schon seit Wochen abverkauft; die Mieaer Zweigstelle hat allerdings noch eine Anzahl vorräthig, hofft jedoch ebenfalls auf baldige Räumung, da erfahrungsgemäß in den letzten Wochen vor der Ziehung der Absatz am stärksten ist. Ein Los kostet nur 50 Pfennig und bietet außergewöhnlich günstige Gewinnchancen (nur Bargeld, keine Waren!) Auf 10 Lose gibt es ein Freilos. Die Zweigstelle befindet sich in Miea in der Schule am Ballerturm. Nach der Ziehung erhält jeder Losverkäufer eine Gewinnliste.

Feuerlöschwesen. Gestern nachmittag fand im Auftrag der Landesbrandkammer Dresden die Abnahme des neuen, von der Firma J. Müller, Döbeln, gestifteten Autolöschauges durch den Kreisverreter Lösch, Feuerwehren, Herrn Stadtrat Ehm, Robbers, statt. Die Vorführung des Löschauges geschah auf der Janusstraße bei der Brückenmühle. Das Wasser wurde mittels Saugleitung aus der Yabna gehoben und in verschiedenen Druckleistungsstufen abgegeben. Die Leistungen der neuen Motorpumpe, sowie die an die Abnahme erfolgte Ledungsfahrt fand durch den Herrn Kreisverreter sehr zufriedenstellend und anerkannt. Mit Miße gelang es, die Unterbegangene von der Seite zu befreien. Die angelegten Wiederbelebungsversuche hatten bald Erfolg.

Ein schwer geschädigter Verband für Aufwertung. Die Ortsgruppe Chemnitz eines Interfenerverbandes für Aufwertung hatte ihrem derzeitigen Vorstand, der gleichzeitig die Kassengeschäfte mitführte, vollste Vertrauen entgegengebracht und bisher nie Rechnungslegung von ihm verlangt. Als diese nunmehr auf Grund verdächtiger Umstände gefordert wurde, stellte sich das Verbleiben Kassendefizites heraus, obwohl vom Jahre 1926 ab insgesamt gegen 20.000 Mark Mittelsbeiträge eingezahlt waren, denen Ausgaben in Höhe von etwa 10.000 Mark gegenüberstehen. Den Vorpreis des Verbleibs der restlichen 10.000 Mark verlangte der Vorstand nicht zu erbringen. Er hat auch, obwohl er geleitet hat, keinerlei ordnungsgemäße Bücher über die Ausgaben geführt. Ohne Zweifel sind die fehlenden 10.000 Mark von ihm unterschlagen worden. Danach mehrere Ermittlungen im Gange sind. Der

Verdächtige, ein 36 Jahre alter Kaufmann in Chemnitz, wurde am 14. Juni 1927 wegen Verdunstungsgefahr vorläufig festgenommen und der hiesigen Staatsanwaltschaft zugeführt.

Abbau der Mietsteuer? Finanzminister Weber sprach in Glandau auf einer Hausbesitzerkongresse über die Mietsteuer. Er forderte den Abbau der Mietsteuer in dem Maß, wie sich die Wohnungsverhältnisse, die die Wohnungsbedürfnisse nach dem Fortschreiten der Minderung des Wohnungsbedarfs auch abgebaut werden müßte. Diesen Abbau sehe das Reichsministerium vor. Er werde sich als Finanzminister nach wie vor für den Abbau der Mietsteuer einsetzen. Wenn sie überlange bestehen bliebe, bestände die Gefahr, daß die vermögenswerten Mittel für die allgemeine Verwaltung verwendet würden. Weiter sprach sich der Minister für den Abbau der Wohnungswirtschaft aus.

Sturmflut des Ballon Schwarzenberg. Der Ballon Schwarzenberg, welcher sich anlässlich der internationalen Flugausstellung in Prag an dem veranhaltenen Ballonwettbewerb beteiligt und am 2. Juni abgeschossen wurde, ist nach einer Zwischenlandung bei Weimeritz nach 18-stündiger Fahrt die heimliche durch schwere Gewitter führte, auf deutschem Gebiet bei Biegnitz abgelandet.

Taschenlampen als Fahrradbeleuchtung. Dieselbe kann man beobachten, daß Radfahrer an Stelle einer beidseitigen Laterne eine elektrische Taschenlampe, die oben durch einen Hebel gehalten wird, benutzen, um einem Einbreiter der Ordnungspolizei aus dem Wege zu gehen. Die Angelegenheit hat nunmehr das Kammergericht beschäftigt, und zwar handelt es sich darum, ob eine elektrische Taschenlampe als eine 'Leuchtende Laterne' im Sinne der Bestimmungen anzusehen ist oder nicht. Das Kammergericht, als die in dieser Angelegenheit höchste Instanz, hat die Frage verneint und die Beurteilung des Verkehrsbeherrschers als gerechtfertigt erklärt.

Der Religionsunterricht in den Versuchsschulen. Das evangelisch-lutherische Landeskonfessionarium hat in einem Schreiben an das Volkshilfungsministerium darauf hingewiesen, daß an der hiesigen höheren Versuchsschule in Dresden, der sogenannten Dürer-Schule, seitdem Lebenslehre erteilt wird, daß dieser Unterricht aber nicht als evangelisch-lutherischer Religionsunterricht im Sinne von Artikel 149 der Reichsverfassung angesehen werden könne. Es befreite sonach die Landesregierung, in der genannten Schule kein Religionsunterricht nach den Vorschriften der Reichsverfassung erteilt wird. Wie diese höhere Schule sei, seien in Sachsen auch Volksschulen vorhanden, die als Versuchsschulen organisiert sind und in denen kein Religionsunterricht erteilt wird. Da die Errichtung bekenntnisfreier (weltlicher) Schulen zur Zeit noch nicht zulässig sei, so müßte das Bestehen öffentlicher Schulen und Unterrichtsbehörden ohne Religionsunterricht grundsätzlich als ungesetzlich angesehen werden. Der hiesige Landesverwaltungsrat hat sich mit der Frage der Versuchsschulen beschäftigt und im Einvernehmen mit diesem Ausschuss bittet das Landeskonfessionarium das Ministerium, dafür besorgt zu sein, daß - solange nicht durch ein Reichsgesetz die Möglichkeit zur Errichtung von bekenntnisfreien Schulen im Sinne von Artikel 149 der Reichsverfassung gegeben ist - in allen Schulen des Landes, auch in den sogenannten Versuchsschulen, Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundbänden der betreffenden Religionsverfassungen erteilt wird.

Zum Generallappell der Schwarzen Brigaden. In Würzburg am 2., 3. und 4. Juli d. J. versammeln sich alle ehemaligen Läger, Schützen und Wachschutzwächter der alten und neuen deutschen Armee. Die zahlreichen Anmeldungen aus dem ganzen Reich und die Vorbereitungen in Würzburg deuten auf eine Wiederkehr des Lagers hin, die jeden alten und jungen Kameraden befröhlichen wird.

5. Deutscher Tischlerkongress. Der Reichsverband des deutschen Tischlergewerbes, E. W. S. G. Dresden, hält in der Zeit vom 1. bis 8. Juli seinen 5. Deutschen Tischlerkongress in Essen ab. Die Vertreter aller angeseheneren deutschen Bundesverbände des Tischler- und Drechslergewerbes werden in den Tagungen über die Belange und Forderungen des deutschen Tischlerhandwerks beraten. Nach der Generalversammlung am Sonntag, den 8. Juli, ist für Montag ein Ausflug an den Rhein geplant.

Der sächsische Garkocherverband. Der seine Jahresversammlung in Vitzna abgehalten hat, hat zum nächstjährigen Tagungsort Vitzna bestimmt. Dorthin will man anlässlich im August und September auch die Tagungen der Deutschen Garkochervereinigung sowie der sächsischen und deutschen Hoteliervereinigungen verlegen. verbunden mit einer internationalen Ausstellung für das Garkocher- und gastronomische Gewerbe einschließlich Verkehrs- und Wäberausstellung 1928.

10. Deutscher Studententag. Vom 18. bis 20. Juli werden sich die Vertreter der Studentenchaft des gesamten deutschen Sprachgebietes in Würzburg versammeln, um den 10. Deutscher Studententag abzuhalten. Am 17. Juli wird die Deutsche Studentenchaft das Denkmahl für ihre im Weltkrieges gefallenen Kommilitonen entzünden. Den Entzündungsfeierlichkeiten werden Öbrenge aus allen Teilen des deutschen Sprachgebietes, Vertreter der Regierungen, Rektoren usw. beimohnen. Die Kosten werden aus den Mitteln der Deutschen Studentenchaft bestritten.

Neue Kraftwagenlinie. Am 19. 6. 27 wird die staatliche Kraftwagenlinie Meißen-Tollsdorfer neu in Betrieb genommen.

Die Wiedereröffnung des Gemeindeheilanstaltens. Die Wiedereröffnung des Gemeindeheilanstaltens steht am 15. Oktober 1927 im Neulandhaus in Eisenbach bevor. Der die Neuandanstalt kennt, zu einem in Dresden erneuerlichen deutschen Frauenfachschule zu verheben, - weist, daß hier ernste Arbeit geleistet wird, wissenschaftlich und praktisch, um den Frauen tüchtige Hilfen in der Gemeinde und der Innern Mission, auch in den Jugendheimen, heranzubilden. Näheres über Stundenplan, Mitarbeiter, Abschlußprüfung, (die unter Mitwirkung eines Mitgliedes des Bundesrates der Frau, ev. Kirche abgelegt wird) - Geschäftliches wolle man im Neulandhaus in Eisenbach erfragen. Nicht höhere Schulbildung ist das Entscheidende, sondern Tätigkeit und Befähigung auf den Gebieten des Frauenlebens kommen für die Aufnahme in Betracht. Das familienhafte Zusammenleben im herrlich gelegenen Neulandhaus unter Leitung einer mütterlichen Frau wird neben dem Unterricht tüchtiger Fachleute dazu beitragen, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Ueber die Arbeitsmarktfrage in Sachsen berichtet das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Die Besserung der Arbeitsmarktfrage hat auch nach dem Vingsfest angehalten; die Annahme des Angebots an Arbeitskräften hat sich fortgesetzt allerdings in einem schwächeren Maße als bisher, da auch die Nachfrage stellenweise ruhiger geworden ist. Es scheint, als ob man nunmehr wieder zu einer Periode des Stillstandes in der Arbeitsmarktfrage kommen würde. - Vom 15. Mai bis 1. Juni hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsbekämpfer in der Erwerbslosenfürsorge um 11.123 auf 63.764, darunter 11.036 weibliche, vermindert. Am 1. Juni vorigen Jahres wurden 126.776 Hauptunterstützte gezählt; der nach dem Erlasse bisher niedrigste Stand war am 1. 7. 25 mit 11.888 eingetreten. Aus einem Vergleich dieser Zahlen darf man entnehmen, daß der Konjunkturanstieg im Jahre 1927 zwar tatsächlich erhebliche Wirkungen auf den Ar-

beitsmarkt ausgeübt hat, daß aber immer noch Vermittlung genug besteht, arbeitsmarktliche Maßnahmen für erforderlich zu halten. - Die Landwirtschaft zeigt dauernd lebhaften Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere an weiblichen; auch der Stein- und Holzindustrie kann die Nachfrage nach Arbeitskräften im allgemeinen nicht werden. In der Textilindustrie läßt die Nachfrage etwas nach, bleibt aber hinsichtlich mancher Branchen insbesondere für Spinnereibetriebe, schwer zu bedin. Im Berggewerbe und im Nahrungsmittelgewerbe hat die Nachfrage abgenommen, ebenso im Gefügegewerbe, wo insbesondere in der Holzindustrie und in der Schneiderei das Angebot wieder etwas zunimmt. Am Teil sind hier keine Saisonereignisse maßgebend. Im Baugewerbe und im Holzgewerbe hält die Nachfrage noch bedingend an, obwohl im Baugewerbe die in die Entwicklung der Bautätigkeit gesetzten Erwartungen nicht ganz erfüllt wurden. Der Markt der ungelerten Kräfte zeigt immer noch eine verhältnismäßig lebhaft Nachfrage nach jüngeren Kräften. Für launmännliche Angestellte ist eine Besserung im allgemeinen nicht eingetreten. Dienstadtstellen und Hausarbeiten werden zur Zeit lebhafter verlangt.

Lebensversicherungs-Konferenz. Der Lebensversicherungsverband der Deutschen, E. V., Bundesleitung; München, Stadellastraße 40, erucht um die Aufnahme folgender Mitteilung: In einer kürzlich stattgefundenen Besprechung des Reichsausschusses für Privatversicherungs mit den Treuhändern der Versicherungs-Gesellschaften, an der auch Vertreter der Versicherungsverbände teilnahmen, hat das Ausschussmitglied wiederholt darauf hingewiesen, daß das Versicherungsgewerbe auf bereits inoffiziellen Lebensversicherungen und Rentenansparungen die Möglichkeit gegeben werden müsse, schon jetzt in den Genuss eines Teiles ihrer Ansprüche zu kommen. Die Treuhänder wurden erneut angewiesen, auf bereits fällige Ansprüche nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Vorkehrungen zu bewilligen. Auf solcher Maß zu werden Versicherungen werden vielfach Dazuleben gegeben. Die Anträge auf Vorauszahlungen sind an die Treuhänder zu richten. Wir haben eine Liste der Treuhänder von fast allen deutschen Versicherungsgesellschaften aufgestellt und geben dieselbe gegen doppelt Rückporto kostenlos ab. In allen Versicherungsangelegenheiten erteilen wir gerne Auskunft. Lebensversicherungsverband der Deutschen, E. V., Bundesleitung; München, Stadellastraße 40.

Spareinlagen im Monat April. Bei den öffentlichen Sparkassen Sachsen nahmen die Spareinlagen im Monat April weiter um 14,3 Millionen RM, zu gegenüber 12,7 im März. Der Einlagenbestand erreichte damit die Höhe von 280,5 Millionen RM. Der Jahresrückblick betrug er nicht die Hälfte, nämlich erst 108,2 Millionen. Die Giro-, Einlagen im sächsischen Bereich liegen im April um 1,8 Millionen (im März 8,00 Millionen) auf insgesamt 245,7 Millionen RM.

Europatagung deutscher Auslandsvereine und Verbände. Eine Europatagung der deutschen Vereine und Verbände im europäischen Ausland findet in der Zeit vom 28. August bis 30. August in Velsa und Dresden statt. Die Vorbereitung liegt beim Bund der Auslandsdeutschen und dem Auslandsbund Deutscher Frauen. Die Tagung soll den Vertretern der in Frage kommenden Vereine und Verbände Gelegenheit geben, besonders Brennen Frauen zu besprechen. Für die öffentlichen Tagungsveranstaltungen liegt bereits eine Reihe von Referat-Anmeldungen vor. U. a. werden sprechen: Frau Dr. W. W. A., Direktor Hans Krämer, W. A., Dr. Gehr, W. A., A., Professor Dr. Kuller, W. A., Professor Dr. H. W. B., Referatgeber Dr. Mohr-Damburg und Dr. Kocher-Berlin, W. A. A. In Dresden ist ein Empfang der Tagungsteilnehmer durch die Stadt Dresden im Rathaus und der Besuch der Dresdener Papierenausstellung in Aussicht genommen. In Velsa werden die Teilnehmer durch den Rat der Stadt empfangen werden. Mit einem Besuch der Velsauer Messe und einem Empfang durch das Velsauer Wehmag findet die Tagung am 30. August ihren Abschluß.

Von den Elbwiesen. Auf den Elbwiesen herrscht zur Zeit sehr reges Leben. Mit Mähmaschinen und Sense wird das in seinem vollen Saft stehende Gras gemäht. Viehliche Hände sind überall mit dem Wenden und am Abend mit Zusammenrechnen zu Hause beschäftigt. Es ist ein schönes Erlebnis, das sich augenblicklich da draußen entfaltet. Die Wiesen liegen bereits zu einem großen Teil auf den Schwächen. Mit dem Gras ist man in diesem Jahre nicht ganz zufrieden, weil die besseren Wiesenträuter durch die Hochwasser eingegangen sind. Unterwegs ist jedoch genügend vorhanden.

Schon die Hummeln! Wenn den Hummeln von den Kindern nachgehört wird, so ist das beherzigt, denn es sind nützliche Tiere. Gleich den Bienen ist ihre Bestimmung, bei dem Aufsuchen der Nahrungsstelle die Blüten zu besuchern, indem sie die Staubpollen und demut von Blume zu Blume tragen. Kamenitich der Honigler, dessen lange Blütenröhren ihrem Fortschritt kein Hindernis bieten, ist auf ihre Nützlichkeit zur Befruchtung angewiesen. Und wie fleißig ist die Hummel! Auch die Kissen, trüben Wetter, selbst bei gelindem Regen, wenn sich die Biene nicht mehr hervorwagt, sind sie an der Arbeit. Dierdurch werden sie dem Landwirt und dem Gartenbesitzer sehr nützlich.

Schau den Vogelnestern! Sobald die Zeit heran ist, daß Eier in den Vogelnestern liegen, erwacht in manchen Anaben der tolle Trieb, die Nester zu untersuchen. Die Vögel werden dadurch verstimmt, und ihre Brut geht verloren. Es ist darum dringend notwendig, daß die Eltern ihre Kinder vor solcher Neugier warnen und ein Erbren von Nestern nicht ungeschützt durchgehen lassen. Auch die Schule wird alljährlich in dieser Hinsicht aufklären und warnen müssen, da die Kinder bei dem Aufsuchen der Nester nicht aus Geratschaffert sondern aus Unkenntnis über die Folgen ihres Tuns handeln.

Gemeinsames Baden in Galtensdorf. Der Stadtrat hat durch eine Kundgebung bei den Bürgern mit mehr als 100.000 Einwohnern festgestellt, daß in folgenden 12 Städten an gewissen Wochentagen das gemeinschaftliche Baden bei der Wasserversorgung in: Berlin (Volkshilfungsanstalten), Strausberg, Prenzlauer Berg, Spandau und Wedding), Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. Main, Halle, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg und Wachen. Solche Erfahrungen sollen in keiner Stadt gemacht worden sein. Verschiedene Städte haben mitgeteilt, daß an den hohen Familienbadaonen ein erhöhter Besuch der Schwimmbäder zu verzeichnen war.

Die Arbeitszeit in der sächsischen Landwirtschaft. Dem Zentralen Sachsendienst wird vom sächsischen Landbund geschrieben, die Aufnahme des kommunikativen Arbeiterantrages im Danbiage, der die durchschnittliche 48-stündige Arbeitszeit in der Woche, aber nicht mehr als 2400 Stunden im Jahre fordert, hat in der Landwirtschaft eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Um jedem Wirtschaftsbereich vorausgehen, geben wir hervor, daß der Antrag sich nur auf die sächsischen Staatsbürger bezieht, also für die gesamte übrige Landwirtschaft keinerlei Bedeutung hat. Für diese ist allein maßgebend die im Tarifvertrag für Bauarbeiter festgesetzte Arbeitszeit. Der sächsische Landbund wird auch beim Wirtschaftsministerium vorkommen werden mit dem Erlaube, den Landtagsbeschluss nicht durchzuführen, weil er gegen die Bestimmungen des mit den Landarbeitersgewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrages verstoßt, an den auch die Staatsbürger gebunden sind.

Sie die Arbeit und den Beruf die gewollteste Kleidung:

Arbeitsbesen in:
gestreift und schwarz Leder von 5.— bis 12.—
Manchester von 8.50 bis 16.—
Zwirnstoffen von 4.— bis 7.50
Latzhosen — Sport- und Stiefel-Hosen
Original Mosberg'sche Kleidung

Meine Stammqualität in blau: Jacke und Hose in
Baumwolle, äußerst haltbar, je 2.50, Baumwoll Pa.
je 3.75, Cüper je 4.75, Cüper-Drell je 5.25
Pilot-Jacken und Hosen
blauwe Jacken mit Gummischlag und Umlegekrempen
Kessol-Anzüge

Baumwollstoffe in allen Farben
und Qualitäten von 6.50 bis 11.50
Fahrradkleidung, -jacken, -anzüge von 2.50 bis 6.50
Koch- und Kuchentücher — Fleischerjacken
Schürzen
Arbeits- und Stoff-Westen

Wettinerstraße 33

Franz Heinze, Ruf 346

Hauptstraße 28

Casino-Lichtspiele

Hauptstr. Hotel Kronprinz Hauptstr.

Nur 3 Tage! Freies bis Sonntag!
Die große Sensation für Sie!
Harry Carrey, der Held des Wild. Westens, in

Einer von den 7. Reitern!

großes Bild-Beit-Schauspiel in 6 Akten.

Eine spannende Begebenheit aus Amerikas
vergangener Zeit. Bekannte Kämpfe zwischen
Indianern und Reitertruppen mit
Indianern und die großen Gefahren geben
dem gewaltigen Film das Gepräge des
ewigen Kampfes um die Scholle der Heimat.
In der Hauptrolle Harry Carrey.

Mit 2. Schlager:

Das Mädchen mit der Blendlaterne

(Marys Trick)

Kriminal-
Abenteuer in 6 großen Akten.

In der Hauptrolle Friedella Dean.
In spannender und fesselnder Weise ver-
folgen wir den heldenmütigen Kampf mit
Eindringern. Ihrer List, immer als herren-
lose Braut im Schleier auftauchend, ver-
dankt die Polizei die Unschädlichmachung
verbrecherlicher Elemente.

Diese beiden Sensationen in einem Pro-
gramm! Deshalb Barock: Auf in die
Casino-Lichtspiele!

Sonntag ab 2 Uhr Kindervorstellung.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, den 19. Juni

Öffentl. Ballmusik.

Anfang 1/8 Uhr.

Es ladet freundlich ein der Wirt.

Siegerts

Weinstuben
und Café

Seublich

Eibe

Neu eröffnet.

8 Minuten von der
Dampfbahnstation. Dies-
bar gelegen, Sonntag, den
19. Juni

Einweihungs- Feier.

Preiswerte gute Weine.
Vorzügliche Küche.
Für Vereine, Auskügler
und Sommergäste her-
lich, bequemer Aufenthalt.

Gasthof Wülfnitz.

Sonntag, 19. Juni, Konzert aus-
geführt vom Saitenorchester Zeithain-Lager.

Nach dem Konzert BALL.

Eintritt 60 Pf. Anfang 1/8 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
der Wirt-Eibe, der Wirt.

Ein Koffer Fahrrad-Rüstel mit 11. Fehlern
billig zu vert.
L. Winkler, Hauptstraße 88.

Nachdem wir unsere liebe entschlafene
Tochter und Schwester

Dora

zur letzten Ruhe gebettet haben, ist es uns
Deyensbedürfnis, für die vielen Beweise
aufrichtiger Liebe und Teilnahme, den
schönen Blumenbesuch, das ehrende Ge-
leit zur letzten Ruhestätte und die trost-
spendenden Worte am Grabe allen unsern
herzlichsten Dank auszusprechen. Möchte
Gott alle vor ähnlichen Schicksalen behüten.
So schmerzhaft war für uns Dein Scheiden,
Du bitter Dein zu früher Tod,
Du bist aus unserm Kreis geschieden,
Doch aus dem Herzen nimmermehr.

Wülfnitz, 15. Juni 1927.

Die Hinterbliebenen Familie Sternberger.

Geschäftseröffnung.

Unter heutigem Tage habe ich mein

Ladengeschäft für Haus- und Küchengeräte

in Emaille, Aluminium usw. neu eröffnet und em-
pfehle bei Bedarf mein reichhaltiges Lager in sämtlichen
Wirtschaftsartikeln aller Art.

Hochachtungsvoll

L. Weber, Klempnermeister, Riesa, Goethestr. 94



...und dann lassen Sie
vom Bohnenkaffee ab!

Schwache, nervöse Menschen greifen heute zum

GEG-KONSUMKORN

Das gibt ein vorzügliches, herzhaftes Getreide für alle Tage und ent-
spricht zugleich Ihrem schwachen Geldbeutel! Wenn Sie beim Aufguss
ebenfalls ein paar Kaffeebohnen mit verwenden, werden Sie kaum
einen Unterschied gegenüber dem reinen Bohnenkaffee bemerken.

Sie haben im

Bezirks-Konsum- u. Sparverein

Volkswohl e. G. m. b. H.

Riesa — Großenhain — Niesitz

Abgabe nur an Mitglieder.
Alle Verbraucher können Mitglieder werden.

Achtung. Achtung.

Nur Bismarckstraße 24

befindet sich die alleinige Verkaufsstelle der Firma

Berliner Creditgesellschaft „Fortuna“.

Der weinste Weg ist lobend. Bei der kleinsten
Auszahlung und wöchentl. Abzahlung von 1 M. an
gebe Herren- und Damenkonfektion, Bett- und Leib-
wäsche, Gardinen, Tischdecken, Wandschöner, Toilette-
longue, Strickjacken, Pullover usw.
Größte Mühe bei Arbeitslosigkeit u. Krankheit.

Kein Laden 24 Bismarckstr. 24 part. lks.

Einer geehrten Einwohnerschaft von
Riesa gebe ich hiermit bekannt,
daß ich meinem seit 40 Jahren betriebenen Boh-
nenkaffee noch einen

Bohnenkaffeeplanke

angegliedert habe. In dem ich für das mir bisher
entgegengebrachte Wohlwollen bestens danke, bitte
ich, dieses mir auch weiterhin bewahren zu wollen.
Hochachtungsvoll

Henriette verw. Kühne, Bahnhofstr. 25.

Tapeten **kauft man billig Mittag.**
Wettinerstr. 30 bei



Suma schon am Waschtage Ihre
Hände ebenso wie Ihre Wäsche,
denn dieses neuartige Waschmittel
enthält nicht Scharfes.
Suma ist fast doppelt so ausgiebig
wie andere Waschmittel.

Preis 50 Pf.

„Sunlight“ Mannheim



Das ärztlich empfohlene



sollet du essen, wenn du
dich schwach fühlst. Für
Zuckerkranken wird Eisches
Malz-Vollkorn-Brot und Grahamkorn empfohlen.
Erhältlich bei Ernst Schlier Nachf.

Morgen auf dem Wochenmarkte

empfehle billig
Tomaten 2 Bfd. 90 Pf., Salatgurken
3 Stück 1.— M., Karotten, gr. Wachsen
30—50 Bfd., Bohnen 3 Bfd. 90 Pf.,
Kartoffeln 4 Bfd. 70 Pf. — Stachel-
beeren kaufe noch bis Dienstag abend.
Karl Fidler, Hotel Stern.

Rohfleischerei Riesa, Schützenstr. 19, Tel. 273
empfiehlt prima junges Fleisch
und hochfeine Wurstwaren.
Otto Gundermann.
Schlachtererei faulst d. O.

Gasthof Ragewitz.

Sonntag, den 19. Juni

Öffentliche Ballmusik

wogu freundlich einladet
W. Kabisch.

Gasthof Bahra.

Sonntag

Ballmusik.

Sonntag, den 19. Juni

Ballmusik.

Sonntag, den 19. Juni

Tanzfränzchen

von den Regellern
Stauditz. Anfang 7 Uhr.

Freunde des Regellern
sind herzlich willkommen.

Hierzu ladet ein
Alfred Thieme.

Koffer

kauft man preiswert bei

Mittag

Wettinerstraße 20.

Die heutige R. umfasst

12 Seiten.

Allen Einwohnern Rias

die anlässlich des 7. lächl. Pioniertages unsere Veran-
staltungen in selten zu überbietender Art verlicht
und unterstützt haben, sagen wir zugleich im Namen
aller am Feste beteiligten ehem. Pioniere unsern
herzlichsten Dank.

Der Festausschub des 7. Pioniertages.

Die Genfer Konferenzen ohne befriedigendes Ergebnis.

Bericht Stresemanns über die Weltwirtschaftskonferenz.

Deutschlands Stellung in Genf.

an. Die Genfer Konferenzen haben, worüber sich wohl nicht bezweifeln lässt, ein Ergebnis erzielt und die plötzliche Abreise des französischen Außenministers Briand nach Paris wegen einer leichten Krankheit muss als Bräuterrückung des Reichsaußenministers aufgefasst werden. Noch am Mittwoch abend wurde zwischen Dr. Stresemann und dem britischen Botschafter eine Zusammenkunft vereinbart, die nicht unter Hinzuziehung Dr. Stresemanns lebhaften Wunsch Briand, Chamberlain und Sandherweide statthaben und der abschließenden Erörterung des Rheinlandproblems gelten sollte. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, hat der französische Außenminister in der Frage der Besatzungswindminderung Herrn Dr. Stresemann in den vorangegangenen Besprechungen nur ganz vage „Zusicherungen“ gemacht. Er ist weiter fasslich, daß die französische Regierung sich auf Zahlen beschränkt, die den französischen Besatzungsstruppen aus dem Rheinland nicht festgelegt hat. In den Berliner politischen Kreisen nimmt man an, daß sich wieder ein langwieriger diplomatischer Meinungsstreit zwischen Berlin und Paris über das Besatzungsproblem einstellen wird. Das Ergebnis wird sicherlich darin bestehen, daß die französische Regierung eine Umgruppierung des Besatzungsheeres vornehmen läßt und bei dieser Gelegenheit nur einige wenige 1000 Mann aus dem Rheinland zurückziehen wird. Die in einem Teil der französischen und der deutschen Presse bereits gemachten Zahlenangaben werden an ausländischer Stelle nicht beachtet, d. h. es könne gar keine Rede von der Bereitwilligkeit Frankreichs, die Besatzungsstruppen um 15 000 Mann zu vermindern, sein. Bei den nunmehr einsetzenden neuen Verhandlungen des deutsch-französischen Ausschusses, von dem die deutsche Seite den Reichsaußenminister Dr. Stresemann, den russischen Botschafter Dr. Stich, den polnischen Botschafter Dr. Skolimowski, den belarussischen Botschafter Dr. Kozlov, den dänischen Botschafter Dr. Borch, den norwegischen Botschafter Dr. Heim und den schwedischen Botschafter Dr. Bergström als Mitglieder hat, wird es sicherlich noch zu Meinungsverschiedenheiten kommen, und zwar aus dem Grunde, weil man in Paris erklärt, die Besatzungsmacht Frankreichs im Rheinlande betrage nur etwa 45 000 Mann. Tatsächlich sind aber im besetzten Gebiet etwa 60 000 Mann französischer Truppen untergebracht. Diese Meinungsverschiedenheit erklärt sich daraus, weil Frankreich das umfangreiche technische Personal in Höhe von über 10 000 Mann nicht als Militär in dem Sinne betrachtet, sondern als Zivilpersonen.

Man nimmt an, daß Dr. Stresemann nunmehr bereits am Sonnabend nach Berlin zurückkehren wird, gegenüber der ursprünglichen Absicht, erst am Sonntag oder Montag Genf zu verlassen. In der nächsten Woche soll dann die außenpolitische Aussprache im Reichstag stattfinden, zu welchem Zweck wahrscheinlich die Sozialdemokraten eine Interpellation einbringen werden. Angesichts der ergebnislosen Genfer Beratungen wird der Reichsaußenminister dem Reichstag keine sensationellen Mitteilungen machen können. Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, erwägt die Regierungspartei die Abgabe einer formulierten Erklärung, in der die lebhafteste Enttäuschung über die Genfer Verhandlungen und namentlich darüber zum Ausdruck kommen soll, daß eine erhebliche Verminderung der französischen Besatzungsstruppen schon für die nächste Zeit nicht in Erscheinung treten wird. Der Reichsaußenminister dürfte im übrigen, bevor er im Plenum das Wort ergreift, zunächst im Auswärtigen Ausschuss vertrauliche Mitteilungen über seine Genfer Besprechungen abgeben.

Der Eindrud in Berlin.

(Genf. (Telunion.) Das Communiqué über die seitigen Ministerbesprechungen wird von der Berliner Presse als vollkommen ungenügend bezeichnet, weil es keine positiven Angaben enthält und nur zu Kombinationen Anlaß gibt. Man vermutet, daß die Deutschen besonders ansehnlichen Fragen vollkommen in der Schwebe bleiben. Das wieder über die Frage der Diskontierung, noch über die Räumungsfrage irgendeine klare Vereinbarung zustande gekommen ist. Besonders erheut man darüber, daß das Communiqué allem Anschein nach als vorläufiger Abschluß der Genfer Besprechungen gedacht ist. Die Blätter sagen, man könne nur von einer Enttäuschung für Deutschland sprechen. Eine aus französischer Quelle kommende Mitteilung, daß eine Verminderung der Besatzungsstruppen um 15 000 Mann geplant sei, von denen ein Drittel belarussisch und zwei Drittel französisch betreffen sollen, wird von den Genfer Vertretern des Blattes als ein leeres Gerücht bezeichnet.

Die gestrige Nachmittagsitzung.

(Genf. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates haben die Vertreter Rumäniens, Japans, Italiens und Polens Sympathieerklärungen im Sinne derjenigen ab, die bereits vormittags dem Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz entgegengebracht worden war. Chamberlain beantragte dann eine Abänderung von Punkt 3 der im Bericht von Dr. Stresemann vorgeschlagenen Entschließung in dem Sinne, daß die Regierungen, die mit der Prüfung des Berichtes der Wirtschaftskonferenz noch nicht zu Ende seien, nicht auf die Verantwortung und die Empfehlung der Weltwirtschaftskonferenz festgelegt würden. Der Reichsaußenminister verteidigte seine Auffassung, erklärte sich aber bereit, die erbetenen Abänderungen anzunehmen.

Der Rat nahm dann noch einen Bericht Chamberlains als Vorsitzender des im März eingeleiteten Dreierausschusses für den rumänisch-ungarischen Streitfall entgegen. Einem von den beiden Mächten unkommentiert abgegebenen Antrag zufolge wurde die Vertagung der Frage auf September beschlossen.

Damit war die öffentliche Nachmittagsitzung beendet, worauf der Rat noch in einer kurzen geheimen Sitzung weiter tagte.

Paris über das bisherige Genfer Ergebnis.

(Paris. (Telunion.) Der offizielle „Petit Parisien“ legt das Ergebnis der bisherigen Genfer Unterredungen dahin zusammen, daß die Ueberprüfung der Fortschrittsarbeiten an den Dispositionen durch alliierte Sachverständige geschehen werde und daß sich Stresemann verpflichtet habe, auch den anderen Forderungen der Völkerbundskonferenz Genüge zu leisten. Die Ueberprüfung der Fortschrittsarbeiten werde in einer Weise erfolgen, die möglichst wenig auffällig sei. Stresemann habe die Verpflichtung übernommen, daß die Wege über die Ausfuhr von Kriegsmaterial bald vom Parlament erledigt werden. In dem Sinne hat Chamberlain dem Reichsaußenminister mit ihm

haus der Kaiserin hätten die Alliierten das Versprechen abgegeben, daß niemand daran denke, die auf Grund des Dezember-Abkommens bestehende Kontrolle wieder herzustellen. Das gestern veröffentlichte Communiqué gebe ziemlich deutlich zu verstehen, daß von einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes in den Besprechungen der Minister nicht die Rede gewesen sei. Der deutsche Außenminister habe sich darüber Rechenschaft abgelegt, daß der jetzige Zeitpunkt für diese deutsche Forderung nicht angebracht sei.

Demgegenüber behauptet Chamberlain im „Morning Post“, daß hinsichtlich der Forderungen der Völkerbundskonferenz noch keine Einigung erzielt worden sei. Stresemann habe dringend verlangt, daß man ihm eine gewisse Handlungsfreiheit lasse, damit er nach seiner Rückkehr in seinen Wirkungsbereich die Initiative ergreifen könne. Diese Initiative, so bemerkt Chamberlain, würde zweifellos dahin gehen, eine Einwilligung zur Ueberprüfung der Fortschrittsarbeiten durch alliierte Sachverständige zu erlangen und die Herbeiführung von Beschlüssen hinsichtlich der übrigen drei Punkte des Programmes der Völkerbundskonferenz zu erzielen.

Ueber die Behandlung der russischen Frage weiß der Genfer Korrespondent des „Petit Parisien“ zu berichten, daß während der Unterredungen der sechs Minister nur ein einziges Mal von Rußland gesprochen worden sei und zwar, als übereinstimmend das Festhalten einer unmittelbaren Gefahr für Polen festgestellt wurde. Die Mitteilungen über die Einberufung einer internationalen Konferenz, über das russische Problem oder eine gemeinsame Kundgebung gegen die Sowjetpropaganda seien Erfindungen. Von der Gründung einer Einheitsfront oder der Schaffung offener oder defensiver Maßnahmen gegen Rußland sei auch in den zahlreichen Einzelunterredungen der Außenminister keine Rede gewesen. Jeder Minister habe seine Kollegen dabei nur über die Haltung seiner Regierung gegenüber Sowjetrußland aufgeklärt. Nur in einem Punkt seien sich alle Minister einig gewesen, nämlich in der Beurteilung der bolschewistischen Propaganda außerhalb der russischen Grenzen. — Zur russischen Frage erklärt Chamberlain im „Morning Post“, daß Jaleski auf Grund seiner langen Unterredung mit Chamberlain anscheinend zu der Ansicht gekommen sei, daß Polen jede Hilfe verdienen müßte, die Rußland als eine Provokation auslegen könnte. Die Ansicht der Regierung sei es, bestimmte Maßnahmen gegen die revolutionäre Propaganda in Ermäßigung zu ziehen. Derartige Vereinbarungen, denen Deutschland zustimmen könnte, ohne seine Verträge mit Rußland zu verletzen, müßten natürlich geheim bleiben, um ihre Wirkung beim Inkrafttreten nicht zu beeinträchtigen.

Eine scharfe Kritik des Völkerbundsrates.

(Genf. (Telunion.) Das „Journal de Genève“ weist heute darauf hin, daß die Tendenzen, alle Entscheidungen in wichtigen und schwierigen Fragen zu vertagen, beim Völkerbundsrat bei der gegenwärtigen Tagung in verstärkter Form aufzutreten scheinen. Der Völkerbundsrat habe bisher lediglich rein theoretische Entscheidungen gefällt und sich damit begnügt, Berichte entgegenzunehmen und die ihm vorgelegten Fragen auf die nächste Tagung zu verschieben. In jeder einzelnen Frage, in der sich Schwierigkeiten gezeigt hätten, habe der Völkerbundsrat sich mit dem üblichen Vorschlag der Vertagung begnügt. Es scheint, daß das Bestreben und die Interesse des Völkerbundes für die Mitglieder des Völkerbundsrates ohne besonderes Interesse wären. Dennoch sei die Bedeutung des Völkerbundes immer noch außerordentlich groß, wie dies aus der Lösung der Rheinfrage hervorgehe. Lediglich die Tatsache, daß die Rheinfrage vor dem Völkerbundsrat gebracht worden sollte, habe genügt, die liberale Regierung zu einer Erklärung gegenüber Deutschland zu veranlassen, die auf diplomatischem Wege niemals hätte erreicht werden können. Die Art, wie der Völkerbundsrat bisher allen Abstimmungen und Entscheidungen aus dem Wege gehe, sei im höchsten Grade beunruhigend. Eine jede Organisation oder Einrichtung bedürfe, um existieren zu können, der Mitarbeit und der Stützung durch Persönlichkeiten, die an dem Werke interessiert sind. Die gegenwärtige Entwicklung im Völkerbundsrat müsse von allen Freunden des Völkerbundes als beunruhigend empfunden werden. Wenn einige Mitglieder des Völkerbundsrates mit den Arbeiten des Rates trotz der Zurücksetzung, die sie beweislich, daß sie nicht darüber unterrichtet werden, wie in den Couloirs des Völkerbundes über die Tätigkeit des Völkerbundsrates gerichtet werde.

Die Rede Stresemanns.

(Genf. Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab nunmehr als Vertreter Deutschlands und in deutscher Sprache folgende Erklärung ab: Die Weltwirtschaftskonferenz hat eine sehr verdienstvolle Arbeit geleistet. Es ist jetzt unsere Aufgabe, die Aufgabe einerseits der Regierungen, andererseits des Völkerbundes, unsere Teil an dieser Arbeit zu leisten, nämlich die Beschlüsse zu vermitteln, dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz nicht eine platonische Sache bleiben, um einen Ausdruck der Weltwirtschaftskonferenz zu gebrauchen, sondern daß sie Leben bekommen.

Von der Regierung hat die besagte Regierung, wie wir oben gesehen haben, eine Initiative ergriffen. Sie verdient, den anderen Regierungen als Vorbild zu dienen. Ich bin in der glücklichen Lage, daß ich mich für die deutsche Regierung diesem Vorhaben alsbald anschließen und erklären kann, daß die deutsche Regierung die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz ebenso voll und vorbehaltlos akzeptiert wie die belgische. Der Minister brachte daraufhin den Beschluß des Reichskabinetts zu den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz zur Verlesung und bräkte nochmals die Hoffnung aus, daß dem Vorbild der belgischen Regierung auch viele Regierungen folgen werden. Aber auch solche Beschlüsse der Regierungen, so sehr Stresemann sich, so wertvoll sie auch sind, sind vorläufig nur Papier und platonische Worte. Die Initiative der Regierungen ist es gewesen an die Initiative der Völkerbundskonferenz, da dieselbe die Weltwirtschaftskonferenz die Kompetenz zur Ausarbeitung der Beschlüsse über die Weltwirtschaftskonferenz hat. Die Beschlüsse können daher nicht ohne Rücksicht auf die Organe

des Völkerbundes zu richten, daß sie die Initiative ergriffen. Durch die Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz ist die Aufmerksamkeit und der Wille der öffentlichen Meinung auf diese Wirtschaftsprobleme gelenkt worden. Kühn wir diese Aufgabe mit bestem Willen, indem wir alsbald, so schnell wie möglich, am besten morgen schon, und an die praktische Arbeit machen! Jeder Tag, der arbeitslos verströht, ist ein Verluft. Denn mit jedem solchen Tage gelangen die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz wieder in den Hintergrund des öffentlichen Interesses, und die Einmütigkeit und der Wille zu Zusammenarbeit und Verständigung verflüchtigen sich wieder.

Stresemann schloß: Ich begreife es daher mit besonderer Befriedigung, daß am Schluß der Resolution, die ich dem Räte eben vorzulegen die Ehre hatte, der Wirtschaftsbeschluß gebeten wird, zu einem „nahen Zeitpunkt“ zusammenzutreten — und ich verweise darauf, daß das Sekretariat des Völkerbundes seine Absicht nicht verliert, daß dieser nahe Zeitpunkt keinesfalls später als der 18. Juli sein wird — eine besonders wichtige und dringliche Aufgabe sofort in Angriff zu nehmen, nämlich die Vereinfachung der Nomenklatur und Klassifikation der Zolltarife. Die Bearbeitung gerade dieses Problems ist besonders dringlich, weil, soweit ich das übersehen kann, eine Reihe von Staaten vor der Modernisierung ihrer Zolltarife stehen. Es wäre eine verpasste Gelegenheit für die Bewirklichung der Konferenzbeschlüsse, wenn es diesen Staaten nicht ermöglicht werden würde, mit der Modernisierung ihrer Zolltarife zu warten, bis ein einheitliches Zolltarifschema unter der Ägide des Völkerbundes aufgestellt ist.

Würden diese Staaten diese Aufgabe jeder für sich durchführen, dann wäre der Weg für eine möglichst umfassende Anwendung eines vereinheitlichten Zolltarifs für lange Jahre versperrt, denn diese Staaten könnten dann nicht schon nach wenigen Jahren ihr Zollsystem wieder ändern. Nur dann ist es auch möglich, daß die Forderung der Weltwirtschaftskonferenz, an Stelle der jetzigen kurzfristigen Handelsverträge langfristige zu setzen, verwirklicht wird.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat in einer ihrer Resolutionen ein sehr scharfes Wort ausgesprochen, das Wort, daß die Weltwirtschaftskonferenz den Ausdruck einer neuen Ära des internationalen Handels bedeute. Es ist jetzt unsere Aufgabe, unteren unteren Willen und unsere Energie dafür einzusetzen, um vor dieser Kühnen Hoffnung stehen zu können, wenn später einmal die Versprechungen und die Erfüllung der Weltwirtschaftskonferenz einander versprechen werden.

Zitficherin offiziell gewarnt.

an Berlin. Die jüngsten Maßnahmen in Sowjetrußland und die scharfen Notizen der Moskauer Regierung an das Warschauer Kabinett, in denen im Zusammenhang mit der Ermordung des sowjetrussischen Botschafters in Warschau, immer mehr gesteigerte Genauigkeitsforderungen verlangt wurden, hat bekanntlich nicht nur im Auslande, sondern auch bei der Reichsregierung das größte Befremden hervorgerufen. Wie sehr sich, was diese Angelegenheit auch Gegenstand der Besprechungen des Reichsaußenministers mit Briand, Chamberlain, Sandherweide, Scelajlo und dem japanischen Delegierten in Genf, um das als auffällig vermerkt, daß der russische Botschaftskommissar für Auswärtiges, Zitficherin, sich noch immer in Berlin aufgehalten hat und erst am Donnerstag abend die Rückreise nach Moskau antrat. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, hing die Anwesenheit Zitfichers mit den Genfer Besprechungen der sechs Reichsvertreter über das Rußlandproblem zusammen. Die Reichsregierung hielt es für ihre Pflicht, Herrn Zitficherin über die Auflösung dieser Woche, also auch Deutschlands über die neue Moskauer Terrorpolitik nicht im Unklaren zu lassen und aus diesem Grunde fanden in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen der maßgebenden Stellen des Auswärtigen Amtes mit dem russischen Botschaftskommissar für Auswärtiges statt, in denen Skow und Star zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine Abänderung der Politik dieser Woche, also auch Deutschlands, gegenüber Sowjetrußland in Erscheinung treten müßte, wenn man in Moskau nicht eine Neuorientierung hinsichtlich des Terrors, der kommunistischen Auslandspropaganda und der Politik gegenüber Warschau vornimmt. Zu den Berliner Besprechungen ist auch der russische Botschafter Krektinski wiederholt hinzugesprochen worden, und deutscherseits hatte vor allem der noch in Berlin weilende deutsche Botschafter in Moskau, Graf Broddorf-Ranau, die Informierung Zitfichers und Krektinskis über die Genfer Rußlandbesprechungen übernommen. Es wird an maßgebender Stelle im Auswärtigen Amt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei dieser Gelegenheit die Frage einer Vermittlung Deutschlands im englisch-russischen Konflikt nicht zur Debatte stand. Der britische Außenminister Chamberlain hat einen derartigen Wunsch in Genf auch nicht zum Ausdruck gebracht.

Deutschland und Rußland.

nds. In der Spannung zwischen England und Polen einerseits und Rußland andererseits hält die deutsche Regierung nach wie vor an dem Bestreben der vollständigen Neutralität fest. Rußland hätte allerdings aus den jetzigen Verhandlungen Deutschlands mit den anderen Mächten in Genf vielleicht eine Beforgnis heilen können, daß Deutschland für den Westen optiert hätte. Deshalb hat die deutsche Regierung in freundschaftlicher Weise durch fortlaufende Mitteilungen Rußland über die Eindrücke unterrichtet, die die deutsche Delegation in Genf empfangen hat. Der in Berlin weilende deutsche Botschafter in Moskau, Graf Broddorf-Ranau, hat wiederholt Besprechungen mit dem russischen Außenminister Zitficherin gehabt und ebenso hat der russische Botschafter Krektinski im Auswärtigen Amt vorgesprochen. Dabei sind auch die Eindrücke der politischen Erörterungen in Rußland zur Erörterung gelangt. Durchaus falsch sind die Pressenachrichten in Deutschland, die Rußland als ob Deutschland irgend eine Vermittlerrolle zwischen dem anderen Mächten und Rußland übernommen habe oder auch nur im Auftrage der alliierten Mächte Mitteilungen Rußlands über den Verlauf der Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz, die Rußland geleistet wird, in seiner Weise kann davon gesprochen werden, daß Deutschland unter dem Druck anderer Mächte handelt.

Deutscher Kirchentag.

* Königsberg, 15. Juni. (Telephon.) Königsberg, heute am Vorabend des zweiten verfassungsmässigen deutsch-evangelischen Kirchentages. Eine Reihe bekannter Kirchenführer ist bereits eingetroffen, darunter der Präsident der oberösterrichischen Kirchenbehörde, Dr. Kapellus, Wien. Nachdem seit Tagen Vorbesprechungen in den Kommissionen stattgefunden haben, hat gestern der deutsch-evangelische Kirchentagsauschuss, das 30 gliedrige Organ der Bundeseleitung, unter dem Vorsitz von Präsident D. Dr. Reppner seine Beratungen aufgenommen. Seine Arbeiten gälten der letzten Vorberatung des Kirchentages, insbesondere den dem Bundestagparlament zu machenden Vorschlägen. Ferner wurde der Anschluss der deutsch-evangelischen Gemeinden im Ossa, in Schweden und in Skandinavien an den Bund der deutschen Vandestirchen genehmigt. Der Kirchenauschied nahm davon Kenntnis, dass die neue Kirchenkonstitution auch von den deutschen Gemeinden in Oesterreich und im Ausland in der Hauptsache angenommen worden, sie zu übernehmen. Heute abend tritt der Kirchentagsauschied mit 51 Vertretern der deutschen Kirchenvereinigungen unter dem Vorsitz des bayerischen Kirchenpräsidenten D. Weitz, München, zusammen. Die Abgeordneten des Bundestages selbst treffen am Donnerstagabend von Berlin kommend im Sonderzug in Königsberg ein.

Der Unfall zum evangelischen Kirchentag.

* Marienburg. (Telephon.) Den wöchentlichen Ausfall des deutschen evangelischen Kirchentages bilden gestern ein Ausbruch aus der Marienburg, zu der sich über 200 Vertreter des reformierten evangelischen Deutschlands, bekannte Führer des kirchlichen öffentlichen und nationalen Lebens aufgeschlossen hatten. Die eigentlichen Verhandlungen begannen heute vormittag um 11 Uhr in Königsberg. Offener Brief an den Kirchentag in Königsberg.
* Berlin. Vandesuperintendent Hilde aus Wismar hat an den in Königsberg heute zusammen tretenden deutschen evangelischen Kirchentag einen offenen Brief gerichtet, in dem er den Kirchentag bittet, zu der Kirchenversammlung in Form eines offiziellen Protestes Stellung zu nehmen.

Zur Gebührenerhöhung der Reichspost.

Berlin. (Funktelephon.) Heute vormittag begann die Sitzung des Verwaltungsausschusses der Reichspost, die über die geplante Gebührenerhöhung entscheiden soll. Eine neue Postabgabe des Reichspostministeriums schlägt eine Erhöhung der Reichspostgebühren von monatlich 2 auf 3 Reichsmark vor, davon wird eine Mehrerhebung von 15 bis 21 Millionen jährlich erwartet.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Reichspostminister Schädel,

dass er als politischer Minister verpflichtet sei, dem Reichstag die Rechnung zu tragen, jedoch habe er über das Schicksal der Vorlage nicht allein zu entscheiden, weil nach dem Reichspostfinanzgesetz der Verwaltungsausschuss zuständig sei. Der Minister weist darauf hin, dass der Post bei Aufhebung der Vorlage die Gelder fehlen, um andere Gebührenerhöhungen ansetzen zu können, was zu Arbeiterentlassungen führen würde. Später müßte die Erhöhung der Gebühren doch kommen. Bis dahin gingen aber der Post monatlich 20 Millionen verloren.
Inzwischen sind verschiedene Anträge eingegangen. Der Demokrat Hahnig beantragt, die Beratung der Vorlage auf den November zu verschieben. Die Sozialdemokraten wolle sie an den Reichspostminister zurückverweisen. Der Kommunist Torator will von einer Beratung und Beschlussfassung vollständig Abstand nehmen und die bisherigen Forderungen beibehalten.

Schantkettengesetz und Gemeindeabgabensteuer.

Wien. Auf der Tagung der schottischen Schantkettengesetze in Wien wurde nach einem Vortrag über das Schantkettengesetz eine Entscheidung angenommen, die in dem dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Schantkettengesetzes eine erhebliche, das Gewerbe erheblich bedrohende Einschränkung der Gewerbefreiheit und einen mit dem Grundgedanken der Reichsverfassung in Widerspruch stehenden Eingriff in die Eigentumsverhältnisse aller Gewerbebetriebe enthält. Der Deutsche Landwirtschaftsverband wird beantragt, dafür zu sorgen, dass aus dem Gesetzentwurf diejenigen Bestimmungen beseitigt werden, die die Verletzung des Eigentumsrechtes, die Einführung eines Scheckrechts, die Einführung einer Scheckkaution, die Einführung einer Scheckkaution, die Einführung einer Scheckkaution unter ein Ausnahmestellung stellen. In der vorliegenden Fassung sei der Entwurf für das Gewerbe annehmbar und vom Reichstag wurde erwartet, dass er die berechtigten Forderungen des Landwirtschaftsverbandes bei der Beratung und Beschließung des Schantkettengesetzes unter allen Umständen berücksichtige.

Weiter wurde eine Entscheidung angenommen, die dagegen protestiert, dass seitens des Landtages und der Regierung noch keinerlei Schritte unternommen worden sind, um einen Abbau der Gemeindeabgaben für gewerbliche Räume durchzuführen.

Eine dritte Entscheidung erhebt Einspruch gegen die Einführung der Biersteuer in den Bezirken und Gemeinden und lehnt jede Sonderbesteuerung einzelner Berufe und Städte ab, da sie sozial und ungerecht sei.
Hierzu beantragte der Verein Dresdner Sackwirte noch, dass bereits bezahlte Gemeinde-Verkehrssteuerbeiträge nach Aufhebung der Besteuerung zurückgezahlt werden.

Lokomotiven- und Betriebswagenbau.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft bestellt über 100 elektrische Lokomotiven und Triebwagen.
Berlin. (Telephon.) Die Verkehrsverwaltung auf den elektrisch betriebenen Strecken in Ostpreußen und Sachsen sowie der weitere Ausbau des elektrischen Hauptbetriebes in Bayern haben die Beschaffung einer größeren Zahl elektrischer Lokomotiven erforderlich. Im Laufe des Jahres 1928 müssen 88 elektrische Lokomotiven, 15 Triebwagen und ebensolche Steuerwagen dem Betrieb übergeben werden.

5 Deutsche in Moskau verhaftet.

Berlin. Die SS. meldet: Von einem soeben aus Moskau zurückgekehrten Freund unseres Landes, einem deutschen Großkaufmann, erhalten wir die Mitteilung, dass am Mittwoch, dem Tage seiner Abreise 5 Deutsche von der G. P. U. (der früheren Tscheka) verhaftet wurden sind. Zwei dieser Deutschen wohnten in dem gleichen Hotel wie unser Gewährsmann. Er konnte daher ihre Namen feststellen: Dr. J. J. J. und Ernst Thiele. Die Namen der drei anderen konnte er nicht erfahren. Als fünf, die sofort ins Gefängnis der G. P. U. überführt wurden, wurden der Versicherungsmann eines fremden Reichs verhaftet.

Schweres Autounfallt in Berlin.

Ein vollbesetzter Wagen der Linie 5 umgeklippt, 27 Personen verletzt.

Im Westen der Stadt hat sich gestern in den frühen Nachmittagsstunden ein Autounfall ereignet, der bisher in der Geschichte der Berliner Autounfälle leider nicht vereinzelt dasteht. Vor dem Glatze Hauptstraße 128 in Berlin-Mitte ereignete sich der Vorfall: Ein vollbesetzter Omnibus der Linie 5 in voller Fahrt um 10 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Wie durch ein Wunder hat sich bei diesem schweren Unglück kein Mensch getötet, doch nach dem, was gemeldet wird, bis auf den letzten Platz überfüllt war, kein Todesfall ereignete.

Der Unfall selbst trug sich nach den Aussagen von Augenzeugen folgendermaßen zu: Der Omnibus kam von Westen im Überweg über die Hauptstraße der durch die Hauptstraße. Da das vor dem Glatze Nr. 128 stehende ein Radfahrer vermissen ungeachtet nach der Straßennote nach, dass er dem Chauffeur des Omnibusses nicht mehr möglich war, den Wagen rechtzeitig abzuwecken. Um nun den Radfahrer nicht zu gefährden, rief der Wagenführer kurz entschlossen das Steuer nach links herum. Infolgedessen des hohen Geländehöhe lagte sich der Wagen nach der rechten Seite zu um und schlug mit lautem Krachen auf der Straße auf dem Radfahrer. — Einen Moment war alles still, dann gellten Schreie der Passanten, unterbrochen von Schreien der verunglückten Passagiere. Der Radfahrer, der durch seine Unachtsamkeit letzten Endes das Unglück heraufbeschworen hatte, lag bewegungslos, ansehend von einem Kerenskiow besessen, einige Meter von seiner Maschine entfernt, auf dem Pfaster. Sofort machten sich vorübergehende Passanten aufmachen mit einigen beherrschten Passagieren, die nach dem ersten Schrecken und nachdem sie festgestellt hatten, dass ihnen nichts Ernstliches passiert war, tapfer zurufen, an die Frau und an die Arbeiter der übrigen Passagiere. Wohl von den im Wageninnern befindlichen Personen hatten durch die Schreie und durch die Geräusche leichter, vier dagegen keine schwere Verletzungen erlitten.

Wohl nach Bekanntwerden des schweren Unglücks eilten Generaldirektor Kaufmann und der technische Direktor Dohal mit dem Oberverkehrsinspektor Farnach von der Abon nach der Unfallstelle, um mit mehreren Sachverständigen ebenfalls eine genaue Untersuchung einzuleiten.

An der Unfallstelle erschienen Beamte der Kriminalpolizei zur Vernehmung von Augenzeugen. Der schuldige Radfahrer und der Führer des Kraftomibusses wurden einmündigen von der Polizei angewahrsamhaft und nach dem einmündigen Polizeirevier gebracht. Es ist damit zu rechnen, dass der Chauffeur des Autobusses nach Abschluss der Vernehmungen wieder entlassen wird.

Ein Tag der Verkehrsunfälle in Berlin.

Berlin. (Telephon.) Der gestrige Tag brachte in Berlin außer der Autounfallkatastrophe in Schwandera eine bedeutende Anzahl weiterer Verkehrsunfälle, die ein Todes- oder zahlreiche Verletzungen forderten. Bei dem Todes- oder handelt es sich um ein händiges Mädchen, das von einem Auto überfahren wurde. Von Autos überfahren wurden ferner neun Personen, die zum Teil schwer verletzt wurden. Auf der Chaussee von Storfow nach Wittenwalder fuhr ein Auto gegen einen Baum, wobei vier Personen verletzt wurden.

Politische Tagesübersicht.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte an den Gerichtsungen in Russland. Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat an den Gerichtsungen in der Sowjet-Union folgende Entschlüsse gefasst: Aus Grund menschlicher Erwägungen sind in Moskau vor einigen Tagen 20 Gegner der Sowjet-Union zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. — Obwohl wir keineswegs prinzipiell das Recht des Staates auf Selbstverteidigung bezweifeln, erheben wir im Namen der Humanität und Gerechtigkeit Einspruch gegen ein Vergehen, das als terroristische Vergeltung von Angriffen feindlich gestimmter Elemente, geübt an nicht unmittelbaren Beteiligten, in der Welt erscheinen muß. — Wir bedauern insbesondere, dass diese Handlung geeignet ist, die stets wachsende Sympathie für das neue Russland zu beeinträchtigen.

Die Frage der Verabreichung der Arbeitslosenversicherung. Das Problem der Arbeitslosenversicherung, das in der letzten Ministerialrat vor seiner Abreise nach Genf gemeinsam mit dem Kriegsminister Vainko verhandelt wurde, eine Veränderung der Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland durchzuführen, die die Genehmigung von den Royaltonen zu erhalten, die er Biresemann habe bewilligen wollen, jedoch damit keinen Erfolg gehabt habe. Einer seiner Kollegen habe ihm erklärt, dass ein so folgenschwerer Beschluss, der die Abnahme der Arbeitslosenversicherung, nicht leichtens gezogen werden könne. Briand habe dann auf seiner Forderung nicht mehr bestanden. Andererseits habe Marshall noch im Verlauf des Besuchs, den er vor dem erwähnten Ministerialrat Briand abgestattet habe, diesem ein Memorandum übergeben, in dem die Gefahr fester Schwärzung der Armeekorps, die am Rhein stehen, aufgezeigt wurde.

Sieg der französischen Regierung bei den Militärgefallen. Die Kammer hat in ihrer gestrigen Nachmittags-Sitzung den Gegenentwurf des früheren Kriegsministers Daladier, den er dem Regierungsentwurf entgegenstellte, mit 204 gegen 200 Stimmen abgelehnt. Kriegsminister Poincaré, der Vorsitzende des Senatsausschusses General Girard und der Generaldirektor der Abn. Senac lebten den Gegenentwurf Daladies ab, der Generalist Renaudet trat jedoch für ihn ein.

Diplomatischer Zwischenfall in Odo. Der russische Gesandte in Odo, Waker, begab sich gestern vormittag auf Einladung des Ministeriums der Außen zu einer Konferenz mit dem Außenminister Duffe. Ueber die Konferenz wurde keine offizielle Mitteilung ausgeben; es hat sich jedoch um die Trauerfeierlichkeiten gehandelt, die in der russischen Gesandtschaft aus Anlaß des Todes an dem russischen Gesandten in Polen stattgefunden hat. Hierbei hat Waker in seinem Vortrag einen überhört Karren Angriff gegen England geübt, was als ein Bruch der diplomatischen Höflichkeit kritisiert worden ist.

Ein Demont der Sowjet-Union. Die Telephonagen-agentur der Sowjet-Union ist ermächtigt, die von der Welt-landschaft wiederholt verbreitete Meldung über die Verhandlung des Friedenshandels über Moskau und Deninagob, über die Verhandlung in der Ukraine und angehende Maßnahmen in verschiedenen Ländern der Sowjet-Union als Gefährdung zu bezeichnen und aufzufordern, die demontieren. Jeder Grundlag entziehen insbesondere die Verhandlungen von der Erziehung weiterer 20 ehemaliger Offiziere in Moskau, sowie von Wasserziehungen in Wladimir, Tscheljabinsk, Tiflis, Gorkow und anderen Städten. Das normale Leben sei nirgendwo recht und keinerlei Maßnahmen in Abänderung der Einreise und Kontrolle-Ordnung der Sowjet-Union seien getroffen. Eine

Maßnahme der von Ausländern sei keineswegs zu setzen.

Seine neue russische Note an Polen. Der Telephonagen-agentur der Sowjet-Union wird offiziell mitgeteilt, dass die Meldung, wonach die Sowjetregierung beschliesse, an die polnische Regierung eine neue Note abzugeben, ohne die Antwort der polnischen Regierung auf die ältere Sowjet-Note abzuwarten, nicht der Wahrheit entspricht.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Die türkische Regierung hat dieser Tage umfangreiche Abmachungen mit einer deutschen Baufirma über die Ausführung größerer Bauarbeiten in der Türkei abgeschlossen. Schwierig gehalten sich die Verhandlungen über die finanzielle Seite. Die türkische Regierung hat sich aus diesem Grunde die Reichregierung bereit erklärt, für die Ausführung der Aufträge der deutschen Firma eine Garantie in Höhe von 25 Millionen Mark zu übernehmen. Eine Anzahl im Betrage von 60 Millionen Mark, von der im Kauflande gefordert wird, hat Deutschland der Türkei nicht gewährt.

Ausstellungen türkischer Soldaten gegen deutsche Soldaten. Bei einem Wettspiel zwischen der Fußballmannschaft des 2. Bataillons des türkischen Infanterie-Regiments Nr. 38 und dem deutschen Sportverein Boog in Boerham kam es zu unerwarteten Ausschreitungen türkischer Soldaten gegen einen deutschen Spieler. Ein Soldat verletzte einem Saager Spieler, als dieser das 7. Tor für Boog erzielte, einen wichtigen Stoß vor den Bauch. Ein Feldwebel, ein Oberleutnant und ein Militärarzt sprangen ebenfalls hinzu und schlugen auf den Saager Spieler ein.

Ein neues Todesurteil in Russland. Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte das Militärtribunal in Kronstadt den ehemaligen Kommandanten eines der baltischen Flotten angehörenden Schiffes Kiewskow wegen Spionage zugunsten Englands zum Tode, seine Frau wegen Beihilfe zu 8 Jahren Gefängnis.

Unruhen in Kanton. Wie aus Kanton berichtet wird, kam es im Anschluß an Arbeiterdemonstrationen zu Unruhen, wobei mehrere Personen verwundet und eine getötet wurde. Zwei Regimenter Infanterie sollen gemietet und zu den Kantoner Truppenverbänden abgestellt sein.

Verbotene kommunistische Versammlung. Die von der Ortsgruppe München der kommunistischen Jugend Deutschlands für heute abend im Maßhärterbräu angeordnete Jugendkundgebung, in der Rede über das Thema „Der drohende imperialistische Krieg und der Kampf der proletarischen Jugend“ sprechen sollte, ist von der Polizeidirektion München verboten worden.

Aus dem Reichstage.

Vorklausur am 16. Juli Schlusssitzung.

Berlin. (Telephon.) Der Reichstag hat heute die Schlusssitzung abgehalten, die am 16. Juli als Schlusstag für den gegenwärtigen Tagungsabschnitt in Aussicht zu nehmen. Falls es die Tagesordnung notwendig macht, soll unter Umständen auch länger getagt werden. Am nächsten Donnerstag wird es die außerpolitische Debatte beginnen. Ueber die weiteren Dispositionen ist sich der Reichstag noch nicht schlüssig geworden. Jedoch werden voraussichtlich die Parteien einen Antrag auf Verlängerung des Ausschusses wegen der Wirtschaftslage einbringen, wenn die Regierung nicht selbst einen solchen Antrag stellt. Die nächsten der Sitzung von der Regierung angeforderten aber noch nicht vorgelegten Belegstücke dürften nicht mehr vor der Sommerpause erledigt werden.

Berlin. (Telephon.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages haben einen Antrag gestellt, bei der bevorstehenden Verlängerung des provisorischen Reichstages von jeder Erhöhung einzelner Postionen abzusehen und für den Herbst eine Vorlage vorzubereiten, durch die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz eine allgemeine Ermäßigung der deutschen Zölle festgelegt ist.

Berlin. Am Donnerstag nachmittag hatte der Reichstag den internationalen Austausch der Koalitionsparteien im Reichstage zu einer Besprechung der Postgebühren-Erhöhung und der Erhöhung der Parteizölle eingeladen. Zunächst wurde in Gegenwart des Reichsministers Schädel die Postgebühren-Erhöhung erörtert. Danach schloß sich eine mehrstündige Beratung, an der der Reichsdruckenminister Schädel und der Reichsfinanzminister Dr. Ritter teilnahmen, über die Frage, ob das Postprovisorium lediglich verlängert oder entsprechend dem Wunsch der Deutschnationalen gleichzeitig eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle namentlich für Kartoffeln vorgenommen werden soll. Wie verlautet, handelte es sich bisher nur um eine allgemeine Ausdrücke, ein Ergebnis wurde nicht festgestellt.

Die ägyptische Antwortnote an England.

London. Times und Daily Telegraph machen heute Angaben über den Inhalt der mittlerweile in London eingegangenen Antwortnote der ägyptischen Regierung. Die Note enthält die Antwort auf etwa ein halbes Duzend der in der englischen Note gestellten Fragen. U. a. nimmt die ägyptische Regierung die Fortsetzung der Tätigkeit des gegenwärtigen britischen Generalinspektors und amtierenden Gouverneurs, sowie der Ernennung eines Vertreters für ihn zu. Ferner erklärte sich Ägypten damit einverstanden, daß die ägyptischen Truppenteile in den ägyptischen und weltlichen Grenzgebieten unter britischer Kontrolle stehen.

In einem Kommentar zu der ägyptischen Note stellen die Times fest, daß nunmehr die letzten Gefahren zwar erheblich reduziert, aber noch nicht endgültig beseitigt seien. Die Hauptforderungen der britischen Note seien zwar angenommen, im ganzen laßt aber auch die letzte ägyptische Antwortnote noch einige Fragen ungeklärt.

Die Lage in China.

London. Aus Kiangtau wird gemeldet, nachdem General Chiangkungshang, der Schwanzbefehlshaber, und Anführer Chiangkungshing, den japanischen und chinesischen Soldaten mitgeteilt hätte, daß er nicht die Verantwortung für die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen in Schwantung übernehmen könnte, wurden 1500 Mann japanische Truppen nach der Hauptstadt der Schwantungprovinz Ximan-Tu entsandt, ferner sind Verstärkungen nach Kiangtau aus Szechuan entsandt worden.

Chiangkungshing

Oberbefehlshaber der Nordtruppen.

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Peking berichten, hat Chiangkungshing mit Einverständnis der anderen Befehlshaber der Nordtruppen den Oberbefehl über sämtliche Truppen des Nordens übernommen.

Entscheidender Sieg der Franzosen in Syrien?

Paris. (Telephon.) Nach einer aus London kommenden Agenturmeldung aus Konstantinopel sollen die französischen Truppen in Syrien mehrere türkische Abteilungen in der Gegend von Ghata vernichtet zu haben. Ghata sei nach Bagdad geflüchtet. Man betrachte nunmehr den Zustand in dieser Gegend als beendet.

Dressner Brief.

Georg Meißner. — Einmalige. — Vortagsausstellung. —

Die letzten feierlichen Akte der schließlichen Schweiß waren für Stunden in Staub und Lärm getaucht, so daß die alten

Die Leute sind es schon gewöhnt und denken sich nicht dabei, lesen darüber hin und stellen mit Gähnen die Frage: Ist einer tot? So hat Dresden jetzt eine kühnliche Auto-

Am wahren Sinne des Wortes. Das konnte man so recht beobachten, als am ersten Abend unserer neueröffneten Aus-

Ich sah die Aufmerksamkeit der ihre lieben Köpfe schau-

Wie das Papier einleuchtet, enthält sich der Blick. Ma-

Wer dann genau geschaut und gekannt hat, kann sich

Wirklich, es ist gar nicht schwer, in Dresden mit Grazie

Ich habe die Aufmerksamkeit der ihre lieben Köpfe schau-

Strahlen sind leer — für Minuten nur, dann schließt das

Regina Verisoff.

Berliner Modebrief.

Strandmoden. Von Gertrud Köbner.

Von Jahr zu Jahr wird das Leben in den Modekreisen

Der Schnitt der Bodentügel hat sich ebenfalls ver-



Wenn jemand eine Reise tut

dann ist meine gute preiswerte wollgestrickte Oberkleidung fast unentbehrlich, sei es für Damen, Herren oder Kinder. Ich biete jedem eine Fülle von Modelldarstellungen. Meine Schaufenster präsentieren Ihnen eine kleine Auslese aus meinem großen Lager.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

6. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Frau von Herbst hätte einstweilen das Schreiben an

Sie galt doch allgemein als harnische Tochter. Aber

Jedenfalls sollten erst die schweren schmerzvollen

Daß Franz sich im Hause befand, hatte sie unter dem

„Guten Morgen — und so ganz solo beim

„Um Gottes willen, Sie wissen noch nichts?“

Er zog mit fingierter Gelassenheit seine Zigaretten-

„Ihr Oheim ist in dieser Nacht am Herzschlag ge-

Die angezündete Zigarette fiel ihm aus der Hand.

„Ist das ein schlechter Scherz? — Aber nein, Ihr

Frau von Herbst zuckte mit den Achseln. „Das wird

„Freude seiner Liebe.“ sagte Franz ernst. „Ich dachte

„Er war ein wahrhaft guter Mensch!“

„Rag sein! Ich war selten einer Meinung mit ihm..

allererster Genuß sollte sein, daß er dem jahrelang gegen

Es hatte ihn Mühe gekostet, Frau von Herbst gegen-

Er ging langsam. Er ließ sich Zeit...

Als er dann vor der Leiche seines Oheims stand,

„Steh auf, Almida, ich habe mit Dir zu sprechen.“

Almida hob ein wenig das verweinte Gesicht. „O,

„Wir müssen alle einmal sterben, Almida! Mein

„Darum kommt es nicht an!“ sagte Franz brüt.

„Was ich Dir zu sagen habe, duldet keinen Aufschub!

„Es kam Almida unklar zum Bewußtsein, daß Franz

Sie erhob sich. Noch einen langen traurigen Blick

„So, was hast Du mir zu sagen? Aber mach's kurz,

„Sie ließ sich in einen Klubsessel nieder. „Hier hat

„Doch schon richtete Almida sich auf aus ihrer ge-

„Er brachte sich jedoch ohne weiteres in Erinnerung.

Er brachte sich jedoch ohne weiteres in Erinnerung.

Er sagte: „Höre mich an, Almida! Ich habe Dir eine

„Das junge Mädchen sah mit ihren schönen, großen

Seine Hände preßten sie mit eisernem Druck auf ihren

„Hast Du Beweise für das, was Du behauptest?“

„Rein. Doch das ist nebensächlich. Das wird sich ja

„Wie Hammerschläge waren die Worte auf Almidas

„Mit dem Gefühl gefättigter Rache betrachtete Franz

„Doch schon richtete Almida sich auf aus ihrer ge-

„Er brachte sich jedoch ohne weiteres in Erinnerung.

Er sagte: „Höre mich an, Almida! Ich habe Dir eine

„Das junge Mädchen sah mit ihren schönen, großen

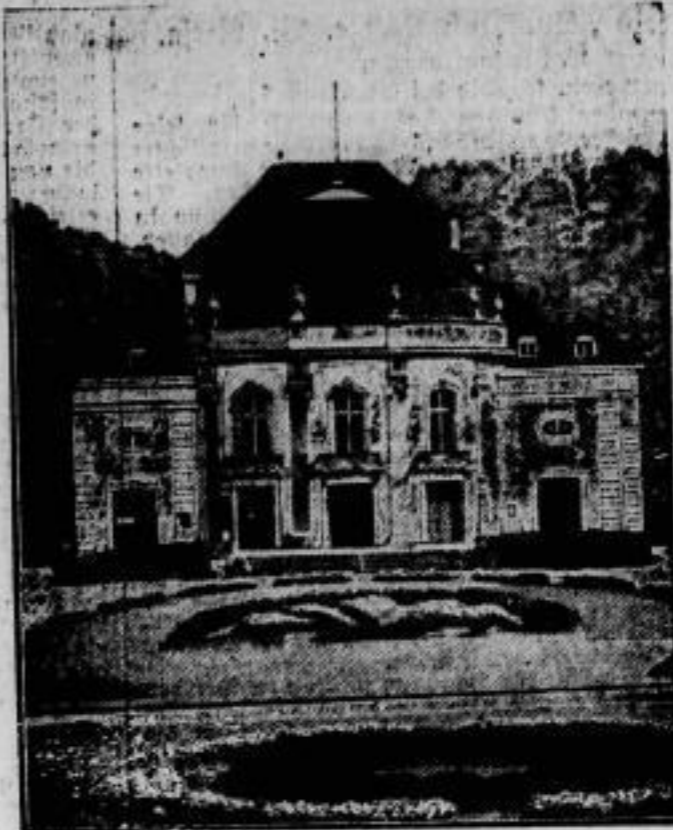
Seine Hände preßten sie mit eisernem Druck auf ihren

„Hast Du Beweise für das, was Du behauptest?“

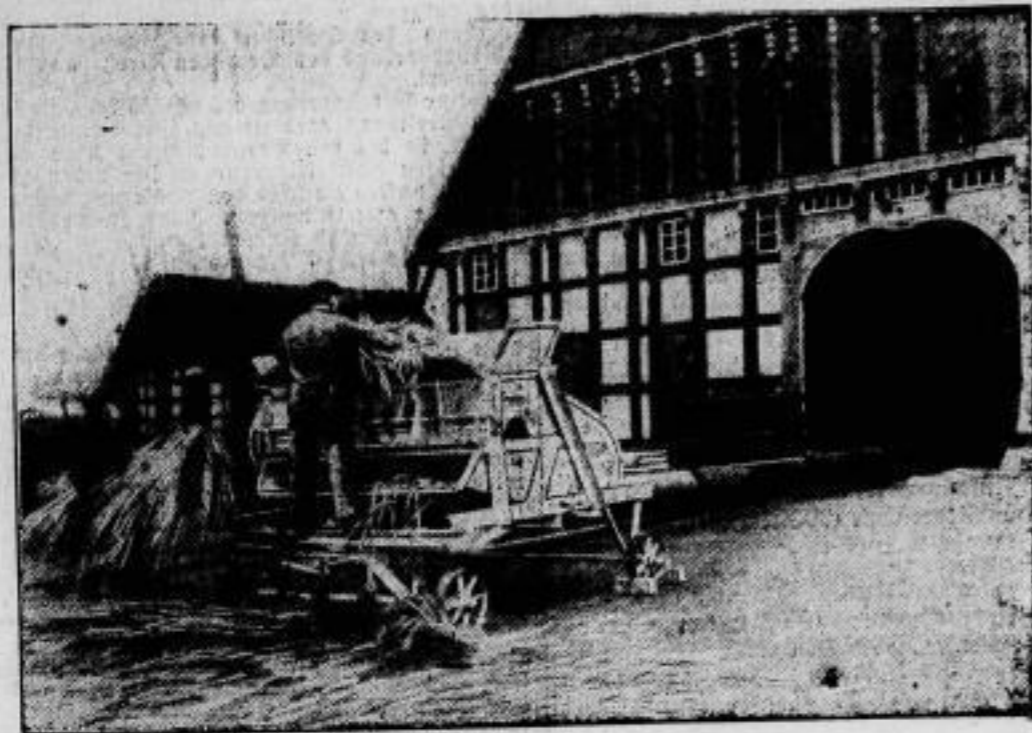
„Rein. Doch das ist nebensächlich. Das wird sich ja



Abbruch des Dessauer Schlosses.
Das herrliche Schloß der anhaltinischen Hauptstadt Dessau, ein Prunkgebäude der nachlebenstauer Jahre, wird jetzt abgerissen.



Schöne deutsche Bühnen: Das Dessauer Theater.



Eine neuzeitliche Mädelmaschine.
Eine Maschinenfabrik in Melle/Hannover hat eine neuartige Mädelmaschine konstruiert, die auf der letzten Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Dortmund das größte Interesse erregt hat.



Ein eigenartiges Kriegsgedenkmal.
Der in Gützrow lebende Ernst Barlach hat soeben eine neue Arbeit vollendet, die im Motiv wie in der geschlossenen Wirkung ganz einzigartig ist. Es handelt sich um ein Gefallenendenkmal für den alten Gützrower Dom, in Gestalt einer gewaltigen, schwebend unter dem Kuppelgewölbe der nördlichen Seitenhalle des Domes angebrachten Bronzefigur, die wagrecht über einem alten, freistehenden Taufgitter hängt, an dessen Boden allein ein Stein mit den Jahreszahlen 1914—1918 niedergelegt ist.

unterrichten. Ich glaube nicht. Ein Schatten wäre auf Deine Jugend gefallen. Das sollte aber nicht sein. Und so habe ich nun bis zum heutigen Tage mit dieser Eröffnung gewartet, bis zu Deiner Verlobung mit Hubert. Länger durfte ich, was geschehen muß, nicht hinausjögern."

Hier brach das Schreiben ab.

Almida aber hatte sich eine sanfte Behmut bemächtigt. Der dumpfe Druck war von ihrer Seele gewichen. Ja, er hatte recht, ihr lieber, einziger Papa, nie würde sie an ihn anders, als an ihren Vater denken können, nie anders, als in heißer Dankbarkeit und kindlicher Liebe. Sie mußte es, daß sie sein Alles gewesen. Er hatte sie grenzenlos verzärtelt, ihr jeden Wunsch aus den Augen gelesen.

O, wie wunderbar schön war ihr Leben als zum heutigen Tage gewesen, selten wurde wohl eine Tochter so von elterlicher Liebe umgeben, wie sie. Und doch war ein strafender Zug in der Erziehungswiese ihrer Eltern gewesen, der sie vor Verweichlichung bewahrte.

Sie kannte genau die Grenze, wie weit sie dem Papa gegenüber gehen durfte in ihrem Eigenwillen und gelegentlichen Liebermut, und nie wäre es ihr eingefallen, diese Grenze zu überschreiten. Und wie wohl hatte es ihr immer getan, wenn er sie ihrer Verständnisheit und Bescheidenheit wegen gelobt.

O lieber, lieber Papa, Du warst meine Sonne, meine Welt, o, daß der Himmel Dich so früh mit nehmen mußte! ging es ihr mit einem Aufschluchzen durch den Sinn, und mit bangem Erschauern fühlte sie, daß nun alles aus ihrem Leben scheiden würde, was schön und angenehm, daß ihr Dasein jetzt öde und hart werden mußte.

Sie war stark. Sie schreckte vor dem Kampf, der ihr bevorstand, nicht zurück, aber die Erkenntnis, aus einem Paradiese vertrieben zu werden, erfüllt jeden Sterblichen mit heilhem, bitterem Weh. Und ein Paradies war dieses Haus, seine Umgebung und alles, was sich damit verknüpfte, für Almida gewesen.

Ein wildes Aufschluchzen durchschüttelte von neuem ihren zarten Körper. Sie vernahm nicht das Vorfahren eines Autos, nicht die schnellen Schritte, welche die Treppe hinaufstiegen, nicht das Öffnen der Tür.

„Almida! Geliebte!“

Berwirrt, verstört, im höchsten Grade erschrocken blühte sie auf.

Hubert stand vor ihr.

Sie konnte es nicht fassen, sie glaubte zu träumen.

„Du — Du hier?“ stammelte sie unsicher.

Hubert rief die schlante Gestalt im Trauerkleide in seine Arme in überwältigender Leidenschaft. Es hätte nicht viel gefehlt, so hätte er mit eingestimmt in ihr sargloses Weinen, so weh tat es ihm, sie ganz in Schmerz aufgelöst zu sehen.

Er küßte ihr die Tränen von den Augen. Er tröstete: „Tasse Dich, Herzlieb, ich bin ja bei Dir! An meinem Herzen ist nun Dein Platz. Deinem lieben Papa werden wir allezeit ein inniges Andenken bewahren, denn er war der Besten einer. Und ich will ihn Dir zu ersetzen suchen, will Dich so glücklich machen, Liebste, wie es nur in der Macht eines Menschen steht. Meinem Schutze hat Papa Dich anvertraut, mich für würdig befunden, sein höchstes Kleinod zu behüten, zu besitzen. Er hat unsere Liebe gesegnet, Almida, ist das nicht Trost in allem Leid?“

Mit einem wehen Aufseufzen wand sich Almida aus seinen Armen. Sie rückte fort von ihm.

Er wollte sie wieder an sich ziehen. Sie wehrte ihm mit erwachender Energie. Sie zwang die Tränen zurück.

„Dah mich, Hubert, höre mich an! Wir —, ihre Stimme schwankte, doch tapfer fuhr sie fort: „Wir müssen uns trennen. Ich bin nicht die, für welche Du mich hältst, sondern ein aus dem Staube aufgelaufenes bettelarmes Geschöpf niedrigster Herkunft, welches wieder in Armut und Niedrigkeit zurückfällt, nun sein edler Beschützer ihm entrissen worden. Deine Eltern wissen das, daher versagten sie ihre Einwilligung zu Deiner Verlobung. Und wenn Du selbst eine Abnung gehabt hättest!“

„Ich weiß alles, Liebste. Dein Vater hat mir die Wahrheit nicht vorenthalten. Und wenn es so wäre, daß Du bettelarm aus seinem Hause gingingst, glaubst Du, daß ich Dich, Almida, darum weniger lieb hätte? Lärtest Du mich so niedrig, daß meine Liebe äußerer Verhältnisse wegen schwächer und stärker werden könnte?“

„Du wußtest es?“ staunte Almida, „und doch —?“

Er nickte. „Ich erzähle Dir das alles noch ausführ-

lich. Jetzt will ich nur, trotzdem es eigentlich nicht gefügt zu werden brauchte, Dir erklären, daß Du mein Weib wirst allen Wechseljällen zum Trost, die über Dich hereinbrechen könnten. Aber sei beruhigt! Nicht als Bettlerin steht Du vor mir, Dein Vater hat Dich testamentarisch zu seiner Universalerbin eingesetzt. Ich selbst habe das Testament gesehen. Ich kenne das Fach seines Schriftstüches, in welchem es aufbewahrt liegt.

Ein heller Schein leuchtete auf in Almidas schönen Augen, erlosch jedoch sofort wieder. „Franz betrachtet sich bereits als einzigen Erben und Herrn hier. Er hat mir erlaubt, noch drei Tage im Hause zu bleiben. Dann muß ich es verlassen. Ich habe in meiner Kasse vierzigtausend Mark, zur Beschaffung einiger Herbst- und Gesellschaftskleider. Das Geld ist mein Eigentum. Es muß reichen, bis es mir gelungen ist, mir eine Existenz zu schaffen. Frau von Herbst hat mir angeboten, als ihre Tochter bei ihr zu bleiben. Sie ist nicht undemittelt und bezieht eine angemessene Pension. Aber ich habe ihr gütiges Anerbieten abgelehnt. Mein Scheindasein soll aufhören. Ich will mir, gleich tausend anderen Frauen, meinen Unterhalt erwerben, als Pflegerin oder Gesellschaftlerin einer älteren Dame. Eine solche Stelle wird doch wohl zu finden sein.

„Da müßte Dir das Anerbieten der Frau von Herbst doch eigentlich sehr gelegen kommen, mein Herz?“

Almida machte eine verneinende Bewegung. „Sie würde mich auch wieder verwöhnen und verzärteln, und ich lerne den Ernst des Lebens nicht kennen, oder vielmehr erst dann, wenn ich noch schwerer darunter leiden würde, als jetzt. Und dann erst müßte ich mein Leben für verpfuscht und verfehlt halten!“

„So ganz unrecht hast Du nicht, liebes Herz, und eben aus diesem Grunde siehst Du mich hier. . . Mein Vater hat mir mit dünnen Worten erklärt, daß er meine Wahl niemals billigen werde. Der einzige Weg, ihn zu gewinnen, ist der, daß er Dich kennen und schätzen lernt, ohne zu wissen, daß Du seine künftige Schwiegertochter bist. Meine Mutter sucht eine Gesellschaftsdame, als solche melde Dich bei meinem Vater, ich bin überzeugt, daß er Dich nicht abweist. Ich habe Dir bereits alle Wege ab-

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Sportverein „Sportklub 24“ e. V., Rietsch.

Sportverein „Sportklub 24“ e. V., Rietsch.
Wassersportverein.
Sportverein Gröblich bei Sportklub 1.
 Für kommenden Sonntag hat Sportklub für seine 1. Mannschaft wiederum wöchentliche 1. Klasse verpflichtet und zwar wird der Sportverein Gröblich seine komplette 1. Kl. nach hier zum Gesellschaftsspiel entlassen. Die Gröblicher haben in den letzten Monaten gute Leistungen gezeigt und es wird den Sportklublern schwer fallen, einen Sieg verzeichnen zu können. Die Gröblicher haben wiederum bis auf den Torwart die volle Mannschaft zur Stelle und diese wird bestrebt sein, die vorsonntägliche Niederlage zu vermeiden. Der Anstoß ist auf 3 Uhr festgelegt.

Radfahrer-Verein „Adler“ Rietsch.

Trotz der unglücklichen Witterung gab es am Sonntag, den 12. Juni, reges sportliches Leben. Ein Teil unserer Mitglieder nahm aktiv an der Gaumeisterschaft im Einer-Streckenfahren des Gaus 37 Dresden im S. D. N. teil. Die Jugendlichenlieder, soweit sie sich an Straßenwettbewerben beteiligen, waren beim Wettbewerb um die Jugendmeisterschaft im Einer-Streckenfahren im Gau zu finden und was sonst noch Radlerelbe hatte, die sich vor Regen nicht fürchten, das war auf der Strecke zu finden. Der Rest fand Beschäftigung bei der Abnahme der Prüfung im Radfahren für das Sportabzeichen.

Die Gaumeisterschaft für Junioren führte von Dresden über Radburg, Großenhain, Elsterwerda nach Liebenwerda und zurück, eine Strecke von 130 Kilometern. Um die höchste Würde des Gaus erstritten zwischen den Favoriten ein heifer Kampf, den Rosch, Dresden, für sich entschied. Fast sah es aus, als sollten Herbert Wolf und Theodor Knoof, beide Fahrer unseres Vereins, entscheidend mit im Endkampf wirken können, bis beide kurz hintereinander vom Mißgeschick ereilt wurden und wegen Reifendefektes die Spitze sieben lassen mußten. Der trotzdem noch erzielte Erfolg, sie belegten in der Reihenfolge Wolf, Knoof den 14. und 15. Platz, spricht von der Klasse dieser beiden Fahrer. Man muß hierbei bedenken, daß nur die Elite, die ganz Großen unseres Gaus, ihre Nennungen abgegeben hatte, und zwar in Gestalt von 72 ernsthaften Meisterschaftswürdigen. Ein bißchen mehr Glück und wir werden bald noch Erfreulicherer von unseren Adlerleuten hören.

Im Dresdenkreis, der Gaumeisterschaft für die Jugend, standen Alfred Wolf, Hans Knoof und Rudolf Wolf im Wettbewerb. Sie konnten leider diesmal nur gute mittlere Plätze belegen und mußten noch fleißig trainieren, dann wird es auch bei ihnen besser gehen.

Am Sonntag, den 19. Juni 1927, ruff der Gau die Wanderräder zur zweiten diesjährigen Gauwanderradfahrt auf den Plan, und zwar geht es diesmal nach Frauenstein im Erzgebirge. Der R.A. „Adler“ startet Sonntag früh 4 Uhr. Die Fahrt führt zunächst nach Meißen. Die Gleichen wir uns den Fahrern aus den Bezirken Meißen, Großenhain, Döbeln um, an und turbeln in geschlossener Wanderrad-Kolonne über Wildkruff, Tharandt unserem Ziele zu. Die Wanderräder sind in den späteren Nachmittagsstunden angeordnet. — Nun schönes Wetter besetzt an hoher Wanderradfahrt! Wieder können zwei Sonnen scheinen bei den großen Wanderradfahrern, als daß man sich bei „Düngerwecker“ abquält!

Die Sorarbeiten

des 8. Niederelbgaues, zum 33. Sauturnfest

Das bekanntlich am 9. und 10. Juli in Dahlen abgehalten wird, sind in vollem Gange. Die vom dortigen Turnverein 1863 gebildeten Ausschüsse beschäftigen sich bereits seit längerer Zeit mit allen notwendigen Maßnahmen, um eine reibungslose Abwicklung des Festes sicherzustellen, ebenso haben die Gauvertreter bereits mehrfach getagt. Als Fest-

platz ist der Dungenberg ausgewählt worden, und zwar ist der eigentliche Burgberg als Platz für die Vorbereitungen, der nebenliegenden Platz für den Aufbau des Zelte und Verkaufstände und der angrenzende Sportplatz zur Ausführung der Vorbereitungen und Spiele bestimmt worden. Um den auswärtigen Turnern, wie auch den übrigen Festteilnehmern, die von ihrem Orte aus eine ungünstige Verbindungsverbindung nach Dahlen haben, die Teilnahme am Sauturnfest zu erleichtern, sind Auto-Sonderverbindungen von Leisnig, Wahren und Schildau nach hier geplant. Desgleichen wird eine Sonderverbindung nach dem Waldteich zur Ausführung der Schwimmwettkämpfe geschaffen werden.

Desgleichen ist dafür Sorge getragen, daß das Fest neben den turnerischen Vorbereitungen auch eine würdige äußere Form erhält. Am Sonnabend, 9. Juli, wird ein Sommerfest auf zwei Eilen ein paar gemütliche Stunden bieten, der von Musikvorführungen, turnerischen Aufführungen und Ansprachen umrahmt sein wird. Nach dem großen Festtag und der turnerischen Arbeit am Sonntag, 10. Juli, wird ebenfalls am Abend die Geselligkeit im Gehalt eines Balles zu ihrem Rechte kommen, während der Montag das Fest mit einer Turnfahrt nach der Dahlen'ser Höhe und einem Kränzchen beschließen wird. Es ist schon heute sicher, daß das Fest für alle Teilnehmer eine schöne Erinnerung für später sein wird.

Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß als Auftakt am kommenden Sonntag, 19. Juni, vormittags 9 Uhr, die letzte Gauvorturnerkunde in der Dahlen'ser Schulturnhalle und eine Schwimmlehrkurse (Rettungsschwimmen) im Waldteich stattfinden wird.

Sauturnfest in Großenhain.

Am 9. und 10. Juli d. J. hält der große Gau Mittel-Elbe-Dresden sein Sauturnfest in Großenhain auf dem ehemaligen Flugplatz ab. Bei der starken Mitgliederzahl der Gauvereine wird eine Beteiligung von 5000 Turnern angesetzt und es sind somit nicht nur am Sonnabend, den 9. Juli spannungreiche Einzelwettkämpfe, sondern auch höchst interessante Massendarbietungen am Festsonntag, den 10. Juli, zu erwarten. Die Vorbereitungen für das Fest sind bereits seit Wochen im Gange und es kann ein in jeder Beziehung schönes und großzügig angelegtes Sauturnfest in Aussicht gestellt werden, dessen Besuch jedem Freunde von Leibesübungen einen hohen Genuß und eine bleibende Erinnerung bereiten wird.

16. Mitteldeutsches Gaufest in Wernigerode am Harz.

Das Fest wurde mit einem glänzenden Kommerz eröffnet. Hervorragend in seiner sportlichen Aufmachung war der Festtag durch die überaus reich geschmückte Stadt, dem sich die Weiße einer prachtvollen Regelpforten anschloß. Die Kämpfe um die Gaumeisterschaft, zu denen vorher in den einzelnen Verbänden und Bezirken die Auswahlkämpfe stattgefunden hatten, so daß nur die erprobtesten Kräfte antreten, erbrachten bisher folgende Ergebnisse:

- Gaumeisterschaftskampf (1000 Kugeln).
 Sieger auf Bohle: Verband Berlin mit 7181 Holz auf Alpkalt; Verband Halle mit 5379 Holz und auf Schere: ebenfalls Verband Berlin mit 6453 Holz. Einzel-Gaumeisterschaft (200 Kugeln).
 Sieger auf Bohle: Rosch-Hilb-Berlin auf Alpkalt; Dage-Berlin auf Schere; Walter-Falkenleben.
 Senioren-Gaumeisterschaft (50 Kugeln).
 Sieger auf Bohle: Benkert-Wittingen auf Alpkalt; Wettersen-Braunschweig auf Schere; Heim-Halle.
 Damen-Gaumeisterschaft (50 Kugeln).
 Siegerin auf Bohle: Frau Jindessen-Wernigerode. Das Fest währt bis Sonntag, den 19. Juni.

Börse fand nach dem DDD. eine Zusammenkunft statt, in der die Börsenlage und Kreditprobleme zur Erörterung gelangten. In der Besprechung kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die Einschränkung der Repartiergelder an der Börse bereits sehr weitgehend durchgeführt sei und schon jetzt bis zu 50 Prozent vor dem 12. Mai betrage. Das Ziel der Maßnahmen der Reichsbank sei damit erreicht. Aus dieser Mitteilung dürfte ohne Frage heraus zu lesen sein, daß man von weiteren Kürzungen des Repartiergeld-Limitaments absehen und beruhigend auf die Effektenbesitzer einwirken will. An der heutigen Börse sah sich die Spekulation auf Grund dieser Besprechung veranlaßt, ihre umfangreichen Baifengemeinschaften einzubücken. Da an verschiedenen Märkten ein Defizit bestand, ergaben sich auf der ganzen Linie Kursbesserungen von etwa fünf bis neun Prozent.

Die sachliche Industrie fordert Herabsetzung der Eisenbahntarife. Der Gesamtverband des Verbandes Sachlicher Industrieller hat in seiner Sitzung vom 15. Juni sich erneut mit der Frage der Gütertarifpolitik der Deutschen Reichsbahn beschäftigt und gefordert, daß die seit über 3½ Jahren in Ausarbeitung befindliche Gütertarifreform schleunigst durchgeführt wird unter relativer Verbilligung der oberen Klassen und gleichmäßiger Herabsetzung der Abfertigungsgeldern auf nahe Entfernungen bei voller Berücksichtigung der unteren Klassen, weiter die Verbilligung der 10 Tonnenn-Nebenklassen insgesamt im Ausmaße von mindestens 3 Prozent der Gütertarifeinnahmen. Die im Abschluß pro 1928 kenntlich gemachten, alle gestellten Rückstellungen und Leistungen weit übersteigenden Netto-Überschüsse müssen nach Ansicht des Gesamtverbandes des Verbandes Sachlicher Industrieller in erster Linie zum Aufbau der Gütertarife verwendet werden, die bei vielen Positionen noch erheblich über den allgemeinen Teuerungsniveau hinausgehen und von der Wirtschaft als sehr starke Belastung empfunden werden. Der Gesamtverband des Verbandes weist ferner darauf hin, daß jegliche Überbeschüsse der Wirtschaft über das durch das Reichsbahngesetz hinaus vorgesehene Maß schädlich und schmerzhaft ist. Begehrlichkeiten und im In- und Auslande irrige Vorstellungen von der Belastungsstärke der Wirtschaft in Transport-Angelegenheiten zu vermeiden. Es muß deshalb auch in Zukunft vor allem die Gütertarife, aber auch die Personenverkehrspreise der Reichsbahn so eingestellt werden, daß Nachteile nach dieser Richtung hin nicht entstehen. Denn neben der unverhältnismäßig hohen Belastung mit Frachten empfindet die Wirtschaft auch den letzten Umfang des Personenverkehrs, der in Sachsin wahrnehmbar mit Rücksicht auf die Dames-Belegung der Bahn auf manchen Strecken außerordentlich stark gedroht ist und mit den Verkehrsbedürfnissen nicht Schritt hält, als unzulänglich. Eine Verwendung von einmaligen weiteren Überbeschüssen zur Behebung dieser Unzulänglichkeiten erscheint deshalb durchaus gerechtfertigt.

Die Roggenplandbriefarbeiten. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm eine Einladung des Handelspolitischen Ausschusses zum Preislag an zur Entgegennahme eines Berichts des Abg. Wammsers (Str.) über das Ergebnis der Volkswirtschafts-Konferenz. Hieran wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei betreffend Billigung der Kapital- und Zinssätze der Roggenplandbriefarbeiten beraten. Ministerialrat Quaschnick, vom Reich-

Ergebnissen des Instituts für Konjunkturforschung handelt es sich um 1000 Schuldner, die im ganzen mit rund 100 Millionen Str. Roggen belastet sind. Bei einem Durchschnittspreis von 10 Mark bedeutet das eine Belastung von 300 Millionen Goldmark, so daß etwa der gleiche Teil der landwirtschaftlichen Verschuldung in Roggenplandbriefen besteht. Der Kurs der Roggenplandbriefe habe gegenwärtig etwa 58 bis 60 Prozent, also erheblich unter Pari. Die Bildung der Plandbriefe sei jetzt leider zum Stillstand gekommen, wofür u. a. das allgemeine Stöcken der Realcredits verantwortlich sei. Aber es sei wohl nur ein Teil der Roggenplandbriefe in besonders unglücklicher Lage. Zur Abhilfe vermute man, die Verwaltungskosten möglichst herabzusetzen und die Bildung von Roggen in Gold möglichst zu erleichtern durch Herabsetzung oder Befreiung der Abfertigungsprovisionen usw. Schwierig sei, daß die Roggenplandbriefe ihre Zustimmung zur Umwandlung in eine Goldhypothek geben müßten. Das Ernährungs- und das Justizministerium erwägen, ob etwa diese Zustimmung dann befristet werden könnte, wenn die Roggenplandbriefe durch die Umwandlung nicht gefährdet werden. Die Verhandlungen mit den Kreditinstituten seien aber noch nicht abgeschlossen. Selbstverständlich sei ein gesetzlicher Eingriff in vertriebliche Rechte der Plandbriefgläubiger nicht erwoogen. Beachtet müsse werden, daß die Roggenplandbriefe nicht die einzige Notleidenden seien. Die Finanzstrände seien bei den Roggenplandbriefgläubigern im allgemeinen nicht größer als bei den Goldschuldern. Die Regierung wolle auf die Kreditinstitute ein, bei Finanzstränden nicht rigoros vorzugehen und nicht zur Substantiation zu zwingen. Generelle Vorarbeiten über lehne die Reichsregierung ab. Die Erwägungen, ob und wie generell zu helfen sei, seien noch nicht abgeschlossen. Es müsse betont werden, daß bei der Höhe der Summe die dafür verfügbaren Mittel des Reiches und der Länder zu einer solchen generellen Hilfe nicht ausreichen. — Der Ausschuss beschloß, zunächst eine schriftliche Fixierung dieser Regierungsentscheidungen abzuwarten und vertagte die Beschlußfassung.

Zentralverband des Deutschen Großhandels e. V. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels hat am 15. Juni 1927 unter Vorsitz von Herrn Weidemrat Dr. Ravens in Berlin stattgefunden und der Beschlußfassung mit dem Reichsverband des Deutschen Einzel- und Ausfuhrhandels zugestimmt. Nach den vorgenommenen Satzungsänderungen hat der Zentralverband des Deutschen Großhandels seinen Namen in „Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels“ geändert.

Der Verlängerung des vorläufigen Zolltarifs. Die nach dem Berliner Tageblatt aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist bei den Verhandlungen über Beibehaltung der bisherigen Zolltarife für Lebensmittel in wesentlichen Punkten zwischen den Regierungsparteien bereits eine Einigung erzielt worden. Eine Zollhöhung kommt nur in drei Fällen in Frage: Zunächst ist eine Erhöhung des Weizenanfalls um 50 Pfennig auf 5,50 RM. vorgesehen. Weiterhin soll der Vertragszoll für Kartoffeln eine Erhöhung um 50 Pfennig auf 1 RM. erfahren, während der autonome Satz auf 1,50 RM. festgesetzt werden soll. Ueber die Fleischzölle schweben noch Verhandlungen. Der bisher 21 RM. betragende Zoll soll vermutlich auch eine Erhöhung erfahren. Die letzten Regierungsvorlagen liefen auf einen Satz von 32 RM. hinaus. Vermutlich wird aber der endgültige Satz niedriger sein. Von einer Erhöhung der Zölle für Speck und Schmalz ist bereits Abstand genommen worden, auch wird die Forderung auf Abschaffung des schweizerischen Gefleischkontingents von 120 000 Tonnen unberücksichtigt bleiben. Es ist vorgesehen, daß die neuen Erhöhungen erst am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Am der Berliner Börse zeigte der Effektenmarkt am Donnerstag wieder eine feste Tendenz. Der Grund hierfür lag in der amtlichen Erklärung, daß nunmehr eine Vereinnahmung der Börse durch Einschränkung von über fünfzig Prozent aller Vorkäufe, und Reportpositionen eingeleitet ist. Das Geschäft betrieb sich ausnehmend und besonders in den alten Favoritenpapieren wurden ansehnliche Kursbesserungen erzielt. Am Rentenmarkt ging der Kurs der neuen fünfprozentigen Reichsanleihe auf 88,20 Prozent zurück. Neubeschuldung wurde zu 17½ Prozent gehandelt, Sachgebietanleihe zu 10,35 Prozent. Am Schiffahrtsanleihenmarkt erzielte Hamburg-Süd eine Besserung von 7½ Prozent. Dania-Dampfschiffahrt von 6 Prozent, Dapag und Norddeutscher Lloyd von ungefähr 3 Prozent. Das Geschäft in Bankaktien war ziemlich lebhaft, so daß die Kurse durchwegs bis zu 2 Prozent und darüber anziehen konnten. Bank für Braundindustrie gewann sogar 5½ Prozent. Unter den Besserungen am Rentenmarkt ragen besonders hervor: Rheinische Braunkohlen mit 9 Prozent, Kisdner und Garpener mit 7 Prozent, Wansfelder Bergbau gewonnen 5½ Prozent. Essener Steinkohle 4 Prozent, Albedt 3 Prozent. Am Realmarkt stiegen Deutsche Stahl um 7 Prozent, Albersleben, Salabertfurth und Besterregeln um 4 bis 5 Prozent. Die Aktien der Farbenerindustrie gewannen etwa 2 Prozent. Am Elektromarkt erwarben AEG 8 Prozent, Elektrische Lieferungen 4 Prozent, Bergmann 3 Prozent, die härteste Steigerung hatte Schuderer mit etwa 6 Prozent. Der Satz für deutsches Geld war 4½ bis 6 Prozent, für Monatszins 8 bis 9 Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Termin der Frankfurter Herbstmesse. Der Termin der Frankfurter Herbstmesse ist nunmehr endgültig auf den 18. bis 21. September festgelegt worden. Mit der Messe verbunden ist u. a. eine Ausstellung „Blumen und Früchte“, die in Gemeinschaft mit den in Frage kommenden Verbänden des Gartenbaues, Fruchtanbaues und der Konserver-Industrie veranstaltet wird.

Wasserstände der Moldau, Elbe und Obbe.

Tage	Moldau		Elbe		Obbe	
	No. m.	Mo. m.	Mo. m.	Mo. m.	Mo. m.	Mo. m.
16.	+ 84	- 18	- 14	+ 32	+ 49	+ 58
17.	+ 24	- 26	- 14	+ 20	+ 46	+ 58

Wassermärkte im Elbbad 19 Grad C.

Wassermärkte im Elbbad 19 Grad C.	
16.	+ 84 - 18
17.	+ 24 - 26

Marktberichte.

Nachstestgelegte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin am 16. Juni. Getreide und Mehlproben pro 100 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer —, pomm. —, Roggen, märkischer 280—292, märkischer, neu —, pomm. —, Gerste, Sommergerste 241—275, neue Wintergerste —, Ose, märkischer, alt —, neu 254—260; Weizen, loco Berlin —, Waggon frei Hamburg 191—192. Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sach. (feinste Marken über Nord) 37,50—39,50. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sach. 35,75—37,75. Weizenkleie, frei Berlin 15,00 bis 15,25. Roggenkleie, frei Berlin 17,50—17,75. Weizenst —, Vittoria-Größen 42,00—45,00, kleine Spelz-Größen 27,00 bis 30,00. Futterweizen 22,00—23,00. Weizen 20,00—22,00. Aderhohnen 21,00—23,00. Weizen 22,00—24,00. Lupinen, blaue 15,00—16,00, gelbe 16,00—18,00. Gersteweizen, neu —, Napfweizen 15,40—15,50. Weizen 19,50—19,80. Trockenhefe 12,00—13,00. Grogger 19,20—20,00. Kartoffeln: Rosen 31,00—31,50.

Aus der Arbeit der Liebe.
 32. Mit dieser Ueberschrift kennzeichnet der Zentralausschuss für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche seinen sechsten herausgegebenen Bericht über die Jahre 1925/26.

Die Ueberschrift besagt zu Recht. Denn auch diese große Organisation der freien Wohlfahrtspflege steht ihre Hauptaufgabe in der sozialen Arbeit auf jedem Gebiet und ohne Unterschied. In dem Bericht teilt P. Die. Steinhilber als Direktor der Abteilung Wohlfahrtspflege mit, daß die Innere Mission jetzt etwa 1000 evangelische Städte und Kreiswohlfahrtsämter oder, wie sie im Rheinland und Westfalen heißen, kirchliche Jugend- und Wohlfahrtsämter, hat. In der Schulgesundheitsfrage wird die Gründung des Deutschen evangelischen Krankenbauverbandes hervorgehoben, die auf Veranlassung der Wohlfahrtsabteilung erfolgt ist. Die Zahl der evangelischen Kindererholungsheime beträgt gegenwärtig 123 mit 7 700 Betten, der Kinderheilstätten 50 mit 4 900 Betten, außerdem sind 40 Erholungsstätten für Jugendliche mit 2 700 Betten vorhanden.

Aber das sind nur kleine Zahlen, wenn wir bedenken, daß der Zentralausschuss für die Innere Mission nach den letzten veröffentlichten Angaben insgesamt 12 170 Hilfsangehörigen mit 108 918 Betten, 184 478 Plätzen und 43 588 Pflegekräften unterhält. Die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen, die Gefährdetenfürsorge, Wandererfürsorge, die Bekämpfung des Alkoholismus gehören mit zu den sozialen Aufgaben der Inneren Mission. Eine caritative Arbeitsvermittlung, die über 100 anerkannte Arbeitsnachweise zählt, ist von ihr eingerichtet und zur Bekämpfung der Wohnungsnot ist in Verbindung mit anderen evangelischen sozialen Verbänden die Deutsche evangelische Heimstätten-Vereinschaft gegründet worden.

Frauenvereine, vor allem Frauenhilfen, haben sich unter dem großen Schutze der Inneren Mission zahlreich neu gebildet. Auch der Zugang an persönlichen Kräften in der Diakonie, den Mutterhäusern und Schwesterhäusern und unter den Berufsarbeitern und Berufsarbeiterinnen wird es sehr erfreulich bezeichnet. Es wird auch immer von neuem deutlich, daß die Kräfte der Liebestätigkeit aus den inneren und tiefen Quellen fließen und daß ihre Arbeit dem ganzen Menschen als ein Leib und Seele, den äußeren und nicht minder den inneren Räten.

Handel und Volkswirtschaft.

Gerichtliche Beschlüsse für kurzfristige Personal-Kredite leitend der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Reichsbank-Kreditanstalt. Die Deutsche Rentenbank und die Deutsche Reichsbank-Kreditanstalt teilt mit: In Anbetrachtung an die Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes haben die Deutsche Rentenbank und die Deutsche Reichsbank-Kreditanstalt um 1 Proz. heraufgesetzt.

Konferenz der Reichsbank und des Berliner Börsenvereins. — Das Ziel der Reportgeld-Einsparung erreicht. Zwischen dem Reichsbankpräsidenten, dem Vorstand der Berliner Börse und dem Gaukommissar an der Berliner